

Windthorst bezeichnet, welcher den Abg. Eugen Richter einfach läßt. Das Kanzlerblatt demeritirt die Nachricht der „Frei. Bl.“. Dagegen meldet das letztgenannte Blatt, daß der „Staatsfreund“ greifbare Gestalt angenommen habe; die Absicht des Reichskanzlers gehe dahin, an Stelle des Reichstages als einer direkten Vertretung des deutschen Volkes im Sinne der Verfassungen des Deutschen Reiches deutschen Fürstentags vom August 1863 eine von den deutschen Einzelstaaten gewählte Versammlung zu setzen. — In dieser Form ist die Nachricht wohl nicht richtig. Nicht an Stelle des Reichstags, sondern neben denselben will der Kanzler eine zweite gesetzgebende Versammlung setzen, die sich hauptsächlich mit der Zoll- und Handelsgesetzgebung und den Steuerfragen beschäftigen soll. Bis jetzt hat der Kanzler mit derartigen Plänen kein sonderliches Glück gehabt. Der Volkswirtschaftsrath ist schon längst in die Kumpfkammer geworfen, der Staatsrath dürfte ihm bald folgen und das geplante „Nebenparlament“ wird auch kein langes Leben haben. Lediglich Herr Riquelot der Verfasser dieses „Staatsfreunds“ ein. Wenn aber nichts Schlimmeres geplant wird, als dieser „Staatsfreund“, dann kann man sich beruhigen. Der deutsche Reichstag hat kein solches „Nebenparlament“ zu fürchten. — Viel schlimmer ist die Nachricht, daß der Kanzler beabsichtigt, auf ganz legale Weise das Wahlgesetz zu ändern und zwar dahin, daß das Recht zu stimmen, erst mit dem 30. Lebensjahr eintreten soll. Bislang waren wir der Meinung, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nimmermehr einem solchen Vorschlage zustimmen würde, aber in letzter Zeit ist eine derartig reaktionäre Strömung im Centrum vorhanden, daß die Möglichkeit vorhanden ist, aus dieser Partei die nötige Anzahl Stimmen für solche reaktionären Pläne herauszuholen. Nachdem der Kampf gegen die Kirche beendet ist, ist das Centrum äußerst jähm geworden und wird den beharrlichen Forderungen des Reichskanzlers in politischen Fragen kaum mehr nachdrücklichen Widerstand entgegensetzen.

Strafe muß sein! Es wird immer wahrscheinlicher, daß der Reichstag, weil er das Branntweinmonopol ablehnt, nach Osnabrück zur Strafe „nachgezogen“ muß. So kann es ihm passieren, daß er noch

Im wunderschönen Monat Mai,
Wenn alle Knospen springen —
sagen und schweigen und sich mit der interessanten Frage einer neuen Branntweinbesteuerung beschäftigen muß. Wir fürchten, daß so manchem Parlamentarier werden es im Mai die „Gesundheitsrückfälle“, die bekanntlich schon den Sturz vieler berühmten Staatsmänner herbeigeführt haben, nicht mehr erlauben, die Reise nach den verlockenden Wäldern länger aufzuschieben. Dann kommen schwach besuchte Sitzungen, Beschlußunfähigkeit und donnernde Philippiken der offiziellen Blätter. Ja, ja, Strafe muß sein und der arme Reichstag ist, wie es scheint, von der Vorsehung dazu auserkoren, den Kelch des Leidens bis zur Reize zu leeren!

Nicht weit her! Der Antwerpener Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Nach vor wenigen Jahren, als in Deutschland und Ausland die sozialdemokratische und anarchoistische Propaganda so mächtig an Boden zu gewinnen schien, konnte man häufig hier sagen hören: Gottlob, so weit kann es bei uns doch niemals kommen!“ Die hier und da vorkommenden schwächlichen Kundgebungen der Umstürzler wurden eben so wenig gehindert wie beachtet, Polizei und Publikum lachten über die verdrückten Phantasten, wie man sie nannte. Das Alles hat sich in kurzer Zeit bedenklich geändert; besonders ist die Loyalität der niederen Bevölkerung durch die sozialistischen Lehren in besorgniserregender Weise unterminiert. Lange hat es gewährt, bis die aus Frankreich, Holland und Deutschland eingetroffenen anarchoistischen Agenten in Belgien erhabene Erfolge erzielten; aber kaum war einmal der Anfang gemacht, kaum hatte sich hier und dort ein kleiner sozialistischer Verein konstituiert, als die Anhang desselben auch reichlich schnell um sich griff.“ — Die „Nordd. Allg. Bl.“ drückt diese Antwerpener „Korrespondenz“ des „Tageblatts“ mit großer Bekriedigung ab und bemerkt, daß sich der Inhalt der Korrespondenz mit den von der „Nordd. Allg. Bl.“ kürzlich ausgeführten Anschauungen im Wesentlichen deckt. Wir wollen nun dem Kanzlerblatt die Mitteilung machen, daß der Antwerpener Korrespondent des „Tageblatts“ meistens in der Geheimratskneipe in der Jerusalemstraße zu Berlin oder auf der anderen Seite der Straße in der bayerischen Bierwirtschaft „Bater Rosse“ sich befindet. Derselbe liebt auch natürlich die „Nordd. Allg. Bl.“, hat auch den betreffenden Artikel in der Mittwochnummer gelesen und bald schon war die „Antwerpener Korrespondenz“ fertig, die sich auffallend mit den Ausführungen des Kanzlerblatts deckt. Man sieht somit, daß die betreffende Korrespondenz „nicht weit her“ ist.

„Das geringste Maß von Rechten“, so schreibt die „Dresd. Bl.“, „welches jeder Volkvertreter stets zustehen muß, ist, daß keine neue Steuer ohne ihre freiwillige Zustimmung aufgesetzt wird, und dieses Recht muß die Volkvertretung um so sorgfältiger wahren, wenn schon sieben Jahre

lang fortwährend neue Lasten bewilligt sind, und dabei fortwährend neue Ansprüche erhoben werden, so daß das Ende der Schraube gar nicht abzusehen ist. Das Erwerbsleben befindet sich unter einem Druck, wie er selten erhört worden ist; einem Zweige des Erwerbslebens auf Kosten der andern helfen zu wollen, geht um deswillen nicht an, weil sie alle leiden. Wer zu den Arbeitblinden gehört, weiß, wie schwer der Druck der Zeit ist, und nur die, denen fester Gehalt zugesichert ist, können über diese Lage hinweggehen. Wer dem Wohl des Vaterlandes zu dienen wünscht, soll sich nicht in grundlosen Schmähsungen gegen den Reichstag ergehen, der seine Pflicht thut, sondern an seiner Stelle dazu mitwirken, daß die beständige Beunruhigung mit neuen Steuerprojekten aufhört.“ — Einverständnis!

Zum Unfallversicherungsgesetz. Durch die Blätter läuft eine Notiz, nach welcher zu Hannover im Fachverein Herr Paul über das Unfallversicherungsgesetz in anerkennender Weise gesprochen hat und man ist demnach, daraus einen Widerspruch mit den Reden der sozialistischen Abgeordneten zu konstruieren. „Nach dem Berichte des Hann. Courier“ — so heißt es — erkannte Redner „dieses Gesetz als eine große Wohlthat an, welche noch andere Verbesserungen für die Arbeiter im Gefolge haben werde, bedauerte zwar die Ausschließung einer großen Zahl von Arbeitern, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß sachlich gebaltene, gut begründete Petitionen eine Ausfüllung derartigen Lücken im Gesetz herbeiführen würden. Besondere Anerkennung fanden die Bestimmungen für streitige Fälle, die Gewährung der Möglichkeit, eine Klage durchzuführen zu können, ohne sich durch einen langwierigen Instanzengang, vor welchem mancher Arbeiter zurückzucken würde, hindurcharbeiten zu müssen.“ In den Arbeiterkreisen selbst scheint also das Urtheil doch ein anderes zu sein, als die „Führer“ verstanden; es muß bemerkt werden, daß der Fachverein, in welchem dieser Vortrag gehalten wurde, wie die übrigen, sozialdemokratischen Ursprungs ist.“ — Soweit die Notiz. Zunächst ist und der „Hann. Courier“ keine sehr glaubwürdige Quelle; im Uebrigen haben die sozialistischen Abgeordneten im Reichstage das, was an dem Unfallversicherungsgesetz Gutes ist, immer rückhaltslos anerkannt. Warum sie gegen das Gesetz, dessen Grundgedanke in seiner Berechtigung anerkannt wurde, dennoch stimmten, haben sie seiner Zeit wahrlich ausreichend motiviert. Daß der Berichterstatter des „Hann. Courier“ schnell einen „Widerspruch“ entdecken will, sei ihm großmüthig verziehen, um so mehr, als er ja durch die Vorlesung in seiner eigenen Partei so sehr an „Widersprüche“ gewöhnt worden sein dürfte, daß er den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht.

„Arbeiterunruhen“ in Berlin. Unter dieser Epithete schreibt die „Hamburger Bürgerzeitung“: „Alles, was wir vor einigen Tagen in unserm Vortrage: „Ein Bekenntniß“ sagten, ist durch einen Vorgang in Berlin bestätigt worden, über welchen wir schon Mittheilungen gemacht haben. Wir meinen das reichsgefährliche Schneeballenwerfen — die „Arbeiterunruhen“ in Berlin, die nach der aufgelösten Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete für den ersten Hamburger Wahlkreis einen Vortrag gehalten hatte, in einer anliegenden Straße stattgefunden haben sollen. Ueber die Berechtigung des betreffenden Polizeikommissars, die Versammlung aufzulösen, ist gar nichts zu sagen, da es einfach albern wäre, von Recht und Unrecht unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes in solchem Falle zu reden. Die Polizeigewalt hat durch das Ausnahmegesetz die ausgedehntesten Vollmachten erhalten und entscheidet von Fall zu Fall, jedesmal eigenmächtig nach sogenannten Zweckmäßigkeitsgründen. So kann es vorkommen, daß unter völlig gleichen Verhältnissen und bei wörtlich denselben Auseinandersetzungen der eine überwachende Beamte eine Versammlung auflöst, der andere sie ruhig laufen läßt. Möglich, daß die etwas grimmige oder auch lustige Miene nur eines Zuhörers den Grund zur Auflösung abgibt. Was nämlich der Abgeordnete Bebel in der betreffenden Versammlung nach übereinstimmenden Zeitungsberichten gesagt hat, das ist in den letzten Wochen in öffentlichen Versammlungen zu Berlin fast mit denselben Worten und in ganz ebenso scharfer Tonart oftmals ausgesprochen worden. Deshalb ist es leicht erklärlich, daß die in Volksversammlungen ungenügend gut geschulten Berliner Arbeiter zuerst ganz verblüfft waren, worauf sich dann große Entrüstung über die nach ihrer Meinung „zu Unrecht“ aufgelöste Versammlung kundthat. Soweit ist der Verlauf des Vorgangs ganz naturgemäß. Ohne Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde auch der Saal geräumt und bald nach der Auflösung befanden sich die Massen in den angrenzenden ziemlich langen Straßen. Zahlreiche Personen, die der Ueberfüllung wegen nicht in das Versammlungslokal hineinkonnten, vermischte mit Neugierigen aller Art, hauneten in den Straßen, so daß die aus dem Saale strömenden Menschen vielfach wieder zurückgedrängt wurden. Dabei schritt die Polizei ein. Dieselbe war aber — zierlich 25 Mann stark — den gewaltigen Menschenmassen gegenüber, die in den engen Straßen standen, ziemlich machtlos. Es kam dabei natürlich zu allerlei Zusammenstößen — und das Ende vom Liede war: man warf sich mit Schneebällen, wobei

auch ein paar Schulleute einige harmlose Würfel abbelamen. In dem Gedränge sind dann zwei Verhaftungen und fünf Sittirungen vorgekommen. Vermuthlich sind das grade Unschuldige, die nicht einmal mit Schneebällen gemorren haben. So spielt das Fatum ja gewöhnlich bei solchen Anlässen. Alles in Allem genommen, fanden also keine „Arbeiterunruhen“ in Berlin an jenem Abende statt, wie der sensationellste „Börsen-Courier“ und das „Berliner Tageblatt“ verkündeten, sondern nur ein durch die Umstände förmlich unvermeidliches „Drängeln“ auf den Straßen war die ganze Folge der unter so unangenehmen Verhältnissen aufgelösten Versammlung. Ausdrücklich aber betonen die Berliner Blätter, daß die an der Versammlung selbst Theilnehmenden an dem Strafgedränge keinen Antheil genommen, sondern rasch sich in den Straßen zerstreut hätten. — Wenn ein solcher Vorfall in Paris, Lyon, Brüssel, Vütlich u. s. w. vorgekommen wäre, so hätte es bei dem Schneeballenwerfen wohl nicht sein Bewenden gehabt, sondern der Säure wäre vielleicht mit Blut roth gefärbt worden. Und weshalb das Alles in Berlin so friedlich und gemüthlich abließ? Die Gründe davon haben wir in dem oben erwähnten Artikel: „Ein Bekenntniß“ unsern Lesern schon vor einigen Tagen dargelegt. Diese Gründe sollen hier in kurzen Zügen nochmals angedeutet werden. Unruhen und Tumulte werden deshalb von den deutschen Arbeitern im Gegensaatz zu den romanischen und slavischen mehr vermieden, weil in Deutschland längere Zeit eine organisirte Arbeiterbewegung existirt. Durch diese Bewegung und durch die sozialdemokratischen Lehren ist das Massenbewußtsein unter den Arbeitern erwacht; die Erkenntniß der eigenen Lage hat die Arbeiter durchdrungen, so daß sie etwas Besseres zu thun wissen, als Köpfe einzuschlagen oder sich dieselben von Anderen einschlagen zu lassen. Die Erziehung der deutschen Arbeiterwelt zur sozialen Erkenntniß und zu verständigen Organisationen, so sagten wir schon, dies ist der Grund, weshalb sich die deutschen Arbeiter von Gewaltthätigkeiten ferne halten. Und dies hat sich auch in vollem Maße bei den jüngsten Vorgängen in Berlin bewährt.

Auch ein Grund zur Auflösung. Zur bevorstehenden Eraywahl zum Reichstage fand in Wilhelmshaven vor einigen Tagen eine Wählerversammlung statt, in welcher der sozialdemokratische Kandidat, Herr Dehne aus Bremen, bei Besprechung der Votenfrage den Herrn Reichskanzler heftig angriff. Daraufhin löste der überwachende Beamte die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes auf.

Belgien. Die Streiks breiten sich immer mehr aus. Alle Kohlenwerke müssen feiern, schon beginnen die Arbeiter der Metalle werke die Arbeit einzustellen und damit wächst die Noth und die gereizte Stimmung. In Aiseau, Zempope und Seraing ist die Lage besonders ernst. Faktisch herrscht der strenge Belagerungszustand. Zusammenstößen von mehr als 5 Personen ist nicht gestattet. Ueberstreifen der Maasufer und Brücken nur gegen Erlaubnißschein gestattet. Alle Wirtschaftshäuser müssen um 7 Uhr schließen, die industriellen Etablissements bleiben Nachts beleuchtet; überall starke Patrouillen. Die Klagen der Arbeiter in den Kohlenwerken dieses Bassins sind berechtigt; die Löhne sind, während der Reingewinn stieg, in jedem Jahre heruntergesetzt worden; von 1883 bis 1884 von 1017 auf 938 Francs, und seitdem haben abermalige Reduktionen stattgefunden. Bis jetzt sind alle gütlichen Veruche zur Einigung vollständig gescheitert. Die Vorgänge in diesem Bassin fangen an, auch in anderen Arbeiterzentren nachzuwirken. Es wächst die soziale Frage plötzlich riesenhoch in Belgien empor. — Die Klerikalen haben währenddem nichts Besseres zu thun, als überall Versammlungen und Massenpetitionen zu veranstalten, um die Wiedereinführung der Todesstrafe durchzusetzen! Und doch, ein Verdienst gebührt ihnen „in dieser Zeit der schweren Noth.“ Sie haben nämlich entdeckt, daß die liberalen Freimaurer, um wieder ans Ruder zu kommen, die Vütlicher Unruhen angestiftet haben. So verkündet wenigstens das fromme Bischofsblatt in Namur, der „Ami de l'ordre“. Die Liberalen, welche ebenso lasterhaftig und ohne Grund gegen die sozialistische Partei gehetzt haben, werden sich über dieses Urtheil kaum beschweren können. — Das Center sozialistische Arbeiterblatt „Booruit“ (Vorwärts) hat übrigens in der denkbar schärfsten Form die Verantwortung für die Hungerkrawalle der verzweifelten Arbeiter abgelegt. Es schreibt sehr zutreffend: „Es ist zu bemerken, daß die Eödrung der Ordnung gerade in einer Stadt vorkommt, welche die wenigsten Arbeitervereine zählt. Unter diesen Umständen muß man jeden Augenblick ähnlichellunruhen fürchten. Die Arbeiter, welche auf keinen Verein sich stützen und in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus aber keine Macht verfügen, können nur an die Gewaltthätigkeit appelliren. Man wisse auch, daß Mangels eines Stimmrechts die Arbeiter ihr Glend nicht kundmachen und die Aufmerksamkeit der Regierung nicht erregen können, außer durch das Werfen von Pfastersteinen. Wir haben nicht den mindesten Augen von den anarchoistischen Unruhen in Vütlich. Sie dienen nur dazu, den Haß der Bourgeoisie zu vermehren und

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. G. Brachvogel.

(Fortsetzung)

Drittes Kapitel.

Die gewaltige Erschütterung, welcher Mathilde ausgesetzt worden, ließ sie die erste Zeit unmöglich ihre alte Unbefangenheit wieder erlangen und hatte, selbst als ihr das Geschehene dann in tröstlicherem Lichte erschien, dennoch dauernde Nachwirkungen, denen sie sich nicht zu entziehen, die sie weder zu erklären, noch an sich selbst immer wahrzunehmen vermochte. Mein Gott, die meisten Menschen bilden sich fest und fest ein, sie bleiben die Alten, wenn sie auch noch so sehr von der Hand der Zeit und des Geschickes umgeformt werden. — Nachdem die ersten Wochen der Trennung indeß vorüber waren, zumal als der erste heimliche Brief aus S. . . kam und durch Beaten in Mathildens Hände gespielt ward, wich langsam des Mädchens Trübfinn, und ihre Wangen rötheten sich neu vom Widerscheine froher Hoffnung. Erwog sie nunmehr die Lage ihrer Herzensangelegenheit, so fand sie, daß dieselbe keineswegs gar so schlecht stehe, als sie anfänglich gemeint. Wohl war für ein Mädchen, das zum ersten Male liebt, eine mehrjährige Trennung hart genug, aber hatte ihr Edmund nicht feierlich sein Verlobniß gegeben, war sie nicht seines edlen, treuen Herzens sicher? Da er ihr überdem versprochen, in seinen Briefen nichts zu verschweigen, was sein Leben anbetraf, sie zur Rätherin und Richterinnen aller seiner Angelegenheiten zu machen, was wollte sie noch? Vater Justus hatte ihr gar noch, als sie von Oberhoff zurückkommend bei Annens Grabe verweilte, das Versprechen gegeben, er wolle nicht Rein sagen, mache sich künftig Edmund zu einem Manne, wie er ihn für sein Kind wüschte. — Sie selbst hatte gar Bielelei an dem Geliebten aufzufehen, war ein zu bürgerlich-praktisches Mädchen, um gar so blind für seine Fehler zu sein. Nachdem

die Trennung erfolgt, die Jugendillusion zertriffen, sah sie sehr wohl ein, wie viel Edmund zum Manne, der seine ehrenvolle Stellung in der Welt nehmen, ein Weib beglücken, einen Herd gründen wolle, noch fehle, sah dies um so mehr ein, als durch seine Abwesenheit in ihr die Eifersucht, Furcht und mancher sehr gegründete Zweifel an seiner Charakterfestigkeit die Oberhand gewonnen. Andererseits vertraute sie indeß wieder dem inneren, stillen Kern seines Herzens zu fest, und hegte die Zuversicht, gerade die Hindernisse, welche nunmehr seine Neigung gefunden hatte, so wie der überwältigende Abschied mit dem mahnenden Liede der Jugend würden ihn zu ernstem Streben anspornen. Die größte Schwierigkeit ihres künftigen Glücks war Hennings, der Vater. Mathilde hatte indeß von der wahren Sinnesmeinung des Alten keine Ahnung und legte verzeihlicher Weise seine Freundlichkeit gegen sie zu ihren Gunsten aus. Wenn sie wirklich vor seinem Einspruch mitunter Besorgniß hegte, hoffte sie doch wieder von der Zeit, der Energie Edmund's, so wie den milder werdenden Vatergefühlen Josua's das Beste. So errang ihr frischer Charakter bald wieder die alte, regsame Fröhlichkeit.

Eins aber hatte sie auf Annens Rasenbügel für immer gelassen, das süße Traumbild der Kinderzeit, die sorglose Jugend ihres Herzens, ihrer Seele! Mit diesem Tage ward jeglicher Duft der Kindernähe verweht, durch welchen sie fast ahnungslos aus der Gespielin in die Geliebte Edmund's verwandelt worden. Sie hatten Beide so oft Prinz und Prinzessin, Papa und Mama, Ritter und Dame gespielt, daß sie es kaum empfanden, daß sie sich wirklich in einander vergaßt hatten. Der Uebergang aus dem einen Zustande in den andern war so allmählig geschehen, daß sich Beide noch immer dabei wie die alten Kinder in ihren Träumen und Schäumen vorliefen. Das war vorbei! Die Sorgen vor Prüfungen und Gefahren, denen ihre Liebe nun unterworfen sei, die reellern Anforderungen der Vernunft ließen die alte Illusion erbleichen. Die Zeit des Kampfes und Ringens nahte, mit ihr das Gefühl in Beiden, sie seien nunmehr als fertige Menschen in eine große, unbekannt, verführerische Welt gesetzt, kam zu leben, sich im

Strome der Ereignisse als kühne Schwimmer zu beweisen, nicht um zu träumen! — So fielen denn die bunten Feiertäglich der Jugend von ihnen ab, und Schätzlein konnte gar kein geeigneteres Mittel wählen, ihnen dies recht tief zu Gemüth zu führen, als den Abschied in Oberhoff! — Wenn Christine ihrem Justus den Vorwurf machte: er könne Edmund nicht leiden, that sie ihm bitter Unrecht. Der Trödler liebe wirklich den jungen Hennings mit einer fast väterlichen Zärtlichkeit, welche aber nur selten oder nie unter der Strenge zu erkennen war, mit der er Edmund von Kindsgeliebten an behandelt hatte. Lustig war der Ansicht, daß „ein Bube immer scharf gehalten werden müsse, solle ein Mann aus ihm werden“, und bei Edmund um so mehr, als der arme Junge reinweg verzogen werde.“ — So viel der Knabe auch von jeder um Schätzlein gewesen war, gelangen des Alten pädagogische Normen bei demselben herzlich schlecht, und je mehr Edmund heranwuchs, desto klarer sah Justus, wie vergeblich er seinen guten Willen an ihn verschwendet habe, wie weit derselbe von den Eigenschaften entfernt war, die der Trödler für jeden guten Menschen und wackeren Mann ganz unerlässlich hielt. Der tiefe Groll gegen Edmund entstand gerade aus dieser seiner wahrhaften Neigung für ihn, ein Groll, mit wahrer Traurigkeit verbunden, weil sich Justus überzeugt hielt, daß Edmund auf dem eingeschlagenen Wege untergehen, oder zu spät erwachen müsse. Ein Jörn erfüllte ihn gegen den jungen Mann, zu dem sich noch ahnungsvolle Angst bei der Einbildung gestellte, Edmund liebe sein einzig Kind. Er trat daher mit einem energischen „Rein“ dazwischen, veranlaßte Hennings zur Strenge und zu dem Entschluß, den jungen Mann auf drei Jahre nach S. . . zu schicken, und schwor sich zu, „dieser Verbindung nie sein Segen zu geben“. Daß er mit Hennings verabredete, während der Zeit, welche bis zu Edmunds Abreise verstrich, der Liebe der jungen Leute durch die Finger zu sehen, geschah nur, um jeden Austritt zu vermeiden und Edmund wie Mathilden nicht zu einem verzweifelten Widerstande zu waffnen, welcher jedenfalls nur Alles verschlimmert hätte. Der Abschied von Oberhoff nun sollte nicht allein die jungen Leute zur Besinnung bringen, sie der leeren Phantasterei

diejenigen Arbeiter und Bauern zu erschrecken, die unsere Grundbesitzer nicht theilen. Es sind rein anarchistische Unruhen, für die wir alle Verantwortlichkeit ablehnen. Immerhin mögen unsere Regierer sich hüten, aus den Ereignissen den Schluß zu ziehen, daß das Volk noch zu viel Rechte und Freiheiten besitzt, denn derjenige, der außerhalb des Gesetzes steht, kann leicht verurtheilt werden, ungeachtet zu handeln." — Noch ein Wort zur Kennzeichnung der Berichte der deutschen Presse! Nach letzteren befanden sich mehrere „deutsche Sozialisten“ unter den Verhafteten. Doch wohl auch noch viel mehr belgische ultramontane und liberale Arbeiter? Was ist also an der Meldung besonders dabei? Welcher Art diese „deutschen Sozialisten“ übrigens sind, ergibt sich aus der Mittheilung, daß man bei einem der Räubersführer, wie ausdrücklich betont wird, die Bilder von Pius IX., Luther und Blanqui fand. Ein sonderbarer deutscher Sozialist, der diese Männer zu Schutzheiligen hat! Aber einer gewissen Presse ist Alles willkommen, was dazu dienen kann, in den anderen Klassen Unfrieden und Haß gegen die Arbeiter und speziell die sozialistischen Arbeiter zu säen!

Frankreich.

Schwere Anklagen gegen die herrschende Privatbahnwirtschaft erhob der Abg. Trialou in der Debatte über die Eisenbahntarife. Trialou bemerkt, man vermindere die Gehälter der Löhne, während man gleichzeitig die Frachttarife erhöhe. Die Rangiere würden erst nach zehnstündiger Arbeit abgelöst. Es sei ein Fehler, daß die Bahnverträge in dieser Beziehung keine Vorschriften enthielten. Diese Verträge hätten das Land eben so sehr geschädigt, wie der Krieg von 1870. Eine Herabsetzung der Tarife würde übrigens die Einnahmen der Bahnen steigern. Die Bahngesellschaften erhöhten künstlich ihre Ausgaben, um den Staat zur Leistung von Zuschüssen und Bindgarantien zu veranlassen, deshalb wollten sie auch von einer Theilung des Ertrages nichts wissen. Ein Bahnverwaltungsrath habe gesagt: „Wir wollen lieber Lokomotiven aus Gold und Silber bauen.“ Wie könne man übrigens Vertrauen zu Gesellschaften haben, die der Staatskasse betrügerische Weise gegen 18 Millionen Franks für nicht geleistete Truppenbeförderungen auszusparen versucht hätten. Derartige Leute dürfe man nicht die Verteidigung der nationalen Straßen anvertrauen. de Kerauion: „Die Regierung der Nationalverteidigung hat es ebenso gemacht!“ Boucher-Delangle: „Unter Gambetta's Diktatur wurden überall ungesetzliche Gelder eingezogen!“ Barm. Erst nach längerer Zeit konnte Trialou seine Rede fortsetzen und die Verhaftlichung der Bahnen für notwendig im Interesse des Handels, der Industrie und der Nationalverteidigung erklären.

Die Bureaus der Deputirtenkammer wählen heute die Budgetkommission; sämtliche Gruppen der Linken hatten sich über die zu wählenden Kommissionsmitglieder geeinigt und verhielten sich dadurch jede Wahl eines Mitgliedes der Rechten. Unter den in die Kommission gewählten Republikanern herrscht indes über die einschlagende Finanzpolitik und über die vorgeschlagene Anleihe noch große Meinungsverschiedenheit.

Einen sehr beachtenswerthen Antrag stellte Depasse im Pariser Gemeinderath. Bekanntlich sollen in Paris große öffentliche Arbeiten unternommen werden, und, um den dabei beteiligten Arbeitern ein anständiges Einkommen zu sichern, sollen nach Depasse von jetzt ab die Unternehmer zur Gewinntheilung mit den Arbeitern verpflichtet werden. Der Antrag wurde einem Ausschusse zugewiesen.

Sämmtliche Genossenschaften der Grubenarbeiter Frankreichs werden demnächst einen gemeinsamen Kongreß in Paris beschicken, um über die Vertretung ihrer Interessen zu beraten. — Die Soldaten des 77. Infanterie-Regiments sammelten 53 Franks für die Decapolliten. — Eine Pariser Arbeiter-Versammlung unter Vorsitz des Arbeiter-Deputirten Boger sprach den deutschen Sozialisten, welche 1500 Franks nach Decapolliten geschickt haben, ihren Dank aus.

Großbritannien.

Der zwischen Gladstone und der Minorität des Kabinetts entstandene Bruch erwies sich als unheilbar und es handelt sich jetzt um die Frage, welche Haltung die verschiedenen Abzweigungen der liberalen Partei in der irischen Frage einnehmen werden. Chamberlains radikale Freunde glauben, daß die Regierung eine Niederlage erleiden werde, während die wallisischen und schottischen Liberalen, sowie auch die Abgeordneten von Lancashire in ihrer Meinung darüber getheilt sind. Die englischen Liberalen dürften mit Ausnahme der Mitglieder der Birminghamer Schule und Jener, deren politische Anschauungen mit denen des rechtsstehenden Lord Hartington übereinstimmen, die Regierung unterstützen. Lord Spencer, John Morley, Childers, Lord Kimberley und Campbell Bannerman billigen angeblich Gladstone's Plan. Gewisse von den übrigen Ministern betrachteten ihn nicht mit völliger Befriedigung, aber sie werden demselben wahrscheinlich keine Opposition bereiten. Barmell und sein Anhang begnügen sich damit, ihre abwartende Haltung zu behaupten. Sie geben sich sanguinischen Hoffnungen betreffs des Erfolges der irischen

der Jugend entrücken und in's reelle Leben führen, sondern ihnen in dieser schönen Erinnerung auch einen Mahner auf den Lebensweg geben. Schöpflein war überzeugt, daß, wenn nicht das Andenken an diese Abschiedsstunde von Mathilde, ihnen Allen, von seiner Jugend im Stände sei, Edmund zu erstem Ringen zu vermögen, seinem Charakter und Willen einen Halt zu geben, ihn alle Versuchungen überwinden zu lassen, denen er sich fortan aussetzen müsse, Edmund entschieden verloren sei.

Mathilde bedurfte für sich zwar eines solchen Talismans nicht, wohl aber des Trostes, der Hoffnung und des innigsten Anschlusses an die Eltern. Dies hatten letztere gerade durch diese Art des Abschieds erreicht, hatte sich doch Justus selbst durch denselben zu ihrem Vertrauten gemacht. — Trotz seines Sarkasmus, seiner Eigenwilligkeit und so mancher Schwäche liebte Mathilde ihren Vater inniglich, aber nie hatte sie seine Aufopferungsfähigkeit, seine reinen Wünsche für ihr Glück mehr verehrt, in ihm den Vater härter lieben gelernt, als an jenem unvergeßlichen Tage. Sie schmiegte sich fortan fester an ihn, denn sie hätte es für ein Verbrechen gehalten, ihm irgend eine Nachricht über Edmund zu verschweigen.

Justus spähte weder nach des jungen Mannes Briefen, noch fragte er nach seinem Wohlergehen, empfing aber auch jede Mittheilung über ihn mit dem alten Wohlwollen, behandelte ihn bei allen Gesprächen wie seinen Pflegesohn, den Gespielen seines Kindes, den blonden Knaben von ehemals, an dessen Thun und Lassen er den größten Antheil nahm, ohne doch zu vergessen, daß derselbe leider seinen Wahnungen entwachsen sei. Im Uebrigen war Schöpflein viel zu beschäftigt und ließ die Frauen machen, was sie wollten.

Herr Josua Hennings hatte, wie wir wissen, beim Scheiden seines Sohnes höchst schwermüthige Gedanken. Es ging ihm wie Jedem, der ein Gut besitzt, ohne es sonderlich zu achten, und dessen Wichtigkeit erst einzusehen anfängt, wenn er es plötzlich entbehren muß. Dann tritt es in den Vordergrund, erst dann fällt einem ein, was man damit beginnen, wie man sich dadurch das Leben hätte verschönern können, und ach, wie wenig man's gethan!

Politik Gladstone hin und behaupten, daß, falls der Premier es für nothwendig finden sollte, an das Land zu appelliren, sie kraft ihres Einflusses auf die irischen Wähler im Stände sein werden, ihm 58 Stimmen zu gewinnen, die jetzt in Händen von Tories oder Whigs sind.

Der Untergang des Dampfers „Oregon“ ist noch immer mit einem dichten Geheimniß umkleidet, und man neigt jetzt mehr und mehr der Meinung zu, daß das Schiff das Opfer eines Fenier-Torpedo-Attentats geworden sei. „Daily News“ widmen der Sache einen Leitartikel und kommen zu dem Schlusse, daß die Annahme, daß der Dampfer „Oregon“ durch ein fenierisches Attentat zum Sinken gebracht ist, den bisher bekannten Thatsachen sich besser anpaßt, als die der Kollision mit einem Schoner. Dieser gespenstische Schoner, schreibt „Daily News“, ist, soweit die Aussagen reichen, niemals gesehen. Der Ausguck meldete ihn nicht. Der erste Offizier nahm das Ausflügen eines Lichtes für das Licht eines Lootsenbootes. Dann kam die Kollision und als er im Begriff ist, den Dampfer zu wenden, um nach dem Schiffe zu sehen, war es verschwunden und von diesem Augenblicke an ist jede Spur von dem Schiffe verloren. Die Postfische des gesunkenen Dampfers kommen wieder zu Tage und die Lage derselben auf dem Grunde der See auf zwanzig Faden Tiefe ist genau festgestellt, aber von dem verunglückten Schoner kommt keine Spizere, kein Boot, keine Leiche zum Vorschein. Das Geräusch bei dem Zusammenstoß wird nicht als das Krachen und Klirren von Eisen, Holz und Glas, wie gewöhnlich in solchen Fällen, geschildert, sondern wie der Schall eines abgefeuerten Geschüßes, und es folgte nun das Ausflügen des weißen Lichtes. In Newyork, fahren „Daily News“ fort, schließt man sich nicht der Ansicht von der Explosion an, fühlt aber täglich mehr den geheimnißvollen Charakter in dem Unglücksfalle. „Daily News“ erwarten, daß die Untersuchung über die Sache Licht verbreiten wird. — Jedenfalls konnten die irischen Fenier nichts Unklügeres thun, als jetzt, wo die Stimmung in England den Iren günstig ist, wiederum den allen nationalen Groll der Briten zu wecken.

Mr. G. Knauerhase, einer der Anarchistenführer in England, starb am letzten Sonnabend im Middlesex Hospital in London. Die „Ball-Rail Gazette“ bemerkt zu dieser Todesanzeige: „Nach der Auswanderung von Ross nach Newyork lag Mr. Knauerhase die Aufgabe ob, die „Freiheit“ nach dem Kontinent einzuschmuggeln, und in der Umgebung der Wachsamkeit der verschiedenen Grenzbehörden erwies er sich als äußerst schlau.“

Italien.

Die Regierung hat der Kammer eine Vorlage unterbreitet, welche die Einführung einer neuen postalischen Einrichtung, sogenannter Postbilletts betrifft. Diese Postbilletts werden aus einem Blatt mit eingedrucktem Poststempel bestehen, welches zum Beschreiben einen doppelt so großen Raum als die gegenwärtigen Korrespondenzkarten enthalten und derart konzipirt sein wird, daß man demselben durch Zusammenfallen die Form eines Briefes geben kann, ohne daß eine Rouverturung nöthig ist. Das Postbillet wird daher den Vortheil gewähren, daß sein Inhalt geheim bleiben und ein nützliches Zwischenglied zwischen Korrespondenzkarte und Brief bilden wird. Die Postbilletts existiren noch nirgends und Italien ist der erste Staat, der dieselben einführt. Der Preis des Postbilletts wird höher als derjenige der Korrespondenzkarten und niedriger als derjenige der Briefmarken sein.

Rußland.

Petersburger Blätter theilen verschiedene die Ostseeprovinzen betreffende Einzelheiten über die Jurisdiktion der Deutschen im Unterrichtsweesen und in der Verwaltung mit. Unter Anderem wird berichtet: In Riga soll mit dem kommenden Semester die daselbst bestehende zweite Kreischule auf Kosten des Budgets des Ministers der Volksaufklärung in eine russische Realschule verwandelt werden. Ein Birkular der estländischen Gouvernements-Regierung hält alle Valenrichter an, in Grund des allerhöchsten Befehls vom 14. September v. J. mit den Gefängnis-Inspektoren in russischer Sprache zu verkehren.

Aus der Staatsrentei in Alexandria (Gouvernement Cherson, Süd-Rußland) wurden in der Nacht zum 18. d. M. 10 000 Rubel in Baarem gestohlen. In der ausgedehnten feuerfesten Kasse fand sich nur ein Zettel mit der Aufschrift: „Auf Befehl und für die Zwecke des Exekutiv-Komités der Narodnaja Wolja“ vor. Man vermutet, daß der Raub durch Nihilisten bewerkstelligt wurde. Die Kassenwächter wurden verhaftet.

Die Regelung der Landarbeiterfrage macht der Regierung viel Schmerzen, weil in den verschiedenen Ministerien bald das Interesse der Grundbesitzer, bald das der Arbeiter mehr berücksichtigt wird und es somit zu keinem einheitlichen Beschluß kommt. Seitens des Ministeriums des Innern wurde durch eine Vorlage angestrebt, die Gutsherrn vor der Willkür der Landarbeiter zu schützen (!). Nach altem Brauche ging die Vorlage, vor der Einreichung im Reichsrath, dem dabei theilhabenden Domänen-Ministerium zur eventuellen Begutachtung,

Zum Gefühl der Traurigkeit und Bitterkeit kommt noch gewöhnlich die Furcht vor den Folgen, die aus solcher Achtlosigkeit entstehen müssen.

Eine Frucht der geringen Aufmerksamkeit, die Hennings seinem Sohne von jeher gewidmet, war zunächst die, daß Edmund sich selbst, den Diensthofen, seinen Lehrern und den zufälligen Einwirkungen Schöpflein's überlassen war. (Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Aus dem Bureau des Ohend-Theaters geht und soeben die Nachricht zu, daß Dienstag kommender Woche das schon seit längerer Zeit anstehende romantische Schauspiel von G. Herich „Die Loreley“ in Szene geht. Die Anfertigung der vollständig neuen Kostüme und Dekoratioren, sowie die Aufstellung der Maschinen haben trotz Tages- und Nachtarbeit die Aufführung bis jetzt verzögert.

Edmund Audran hat seine neueste Operette „Der Liebeschwur“ dem Balhalla-Theater zur Aufführung übergeben. Diese Bühne bringt auch die Operette „Josephine vendue par ses songes“. Beide Operetten hatten in Paris einen sensationellen Erfolg.

Pasteur der Duackalberei angeklagt. Der durch seine früheren Arbeiten und seine Impfmethode gegen die Hundswuth weltberühmt gewordene Pariser Gelehrte Pasteur hatte sich dieser Tage vor dem Pariser Gerichtshof wegen — Duackalberei zu verantworten. Pasteur ist nämlich nicht im Besitze eines ärztlichen Diploms und da er ohne ein solches nur Thiere, nicht aber Menschen behandeln und operiren darf, erhoben — wie aus Paris berichtet wird — einige neidische Wunderdoktoren die Anklage der Duackalberei gegen ihn. Da jedoch Pasteur bewies, daß er seinen einzigen Kranken direkt behandelte, sondern bei den Impfungen bloß assistirt habe, wurde er freigesprochen. Um dieser eigenhümlichen Situation ein Ende zu machen, wurde in der ärztlichen Fakultät der Pariser Universität der Antrag gestellt, es möge dem Gelehrten ein ärztliches Diplom verlehrt werden. Auf diese Weise dürfte Pasteur bald vom Assistenten zum Professor avanciren.

Ein Rabenwarter. Aus St. Petersburg, 21. d., schreibt man der „Deutschen Zeitung“: „Ein merkwürdiger, noch keineswegs aufgehellter Fall nimmt gegenwärtig hier und in der ganzen Umgebung das Interesse der Bevölkerung in hohem Maße in Anspruch. Schon seit einiger Zeit

Ergänzung u. zu. Aus dem Domänen-Ministerium erschien die Vorlage im Reichsrath in derart veränderter Gestalt, daß diese darauf hinausläuft, die „Arbeiter vor der Willkür der Gutsherrn in Schutz zu nehmen“. Es soll nun, wie der „Grafhdanin“ meldet, bereits in der Montagssitzung zu scharfen Debatten gekommen sein, da die Majorität der Reichsrathsmitglieder aus Gutsherrn besteht. Das schlechte Resultat ist nicht abzusehen.

Nord-Amerika.

Die Bewegung gegen die drückende Konkurrenz der billigen Chinesen ardeit schwillt mit jedem Tage mehr an. Ueberall bilden sich lokale antichinesische Organisationen, welche durch ein energisch durchgeführtes Boykottsystem die Arbeitgeber der Chinesen lahmlegen; letztere bekommen einfach keine anderen Arbeiter und keine Abnehmer für ihre Waaren. So wurde in Turlee die reiche und mächtige Firma von Sisson, Wallace u. Co. bei einem Verlust von vielen Tausend Dollars gezwungen, auf Kontrakte zu verzichten, die sie mit chinesischen Bandenführern abgeschlossen, für das Fällen und Schneiden von Holz. Die Bewegung dehnt sich jetzt bereits über das ganze Staatsgebiet aus. In der Sierra, in den Provinzen am Fuß der Gebirge, im Tulare Thal, in verschiedenen der südlichsten Countys sind die Chinesen gezwungen worden, auszurücken. Das allgemeine Resultat besteht in einer Anzahl auswandernder Chinesenzüge, die alle auf einen Punkt, auf San Francisco, zufließen, welches zugleich auch noch als Sammelbecken für das ausgedehnte Washington Territory dienen muß. Nun war aber in San Francisco bereits mehr Haß und Erbitterung gegen die Mongolen vorhanden, als an den Orten, wo sie jetzt vertrieben werden. In San Francisco sind Tausende weißer Handwerker durch die Schärfe chinesischer Konkurrenz um Verdienst und Brod gebracht worden. Sie und ihre Familien haben viele und wirkliche Entbehrungen leiden müssen, die ihnen die gelben Rivalen verursacht haben. Auch giebt es eine beträchtliche Zahl kleiner Kapitalisten, die, in der Absicht, an der billigen Arbeit einige Dollars verdienen zu können, zu spät einsahen, daß die schlauen Mongolen sich nur einschlichen, um die Arbeit zu lernen, und sobald als möglich hingehen und sich ein Konkurrenz-Fabrikchen aufbauen. Man fürchtet, daß die neue Einwanderung der verhassten Fremden zu den schlimmsten Verwickelungen führen wird.

Parlamentarisches.

Welches Interesse die Mitglieder des deutschen Reichstages an der Arbeiter-Konkurrenz haben, geht daraus hervor, daß der Vorschlag der Kommission des Reichstages, welche sich mit den Anträgen auf Einführung eines Maximalarbeitstages, des Verbotes der Kinderarbeit und der Sonntagsarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit und Regelung der Gefängnisarbeit beschäftigt, jetzt dreimal hinter einander versucht hat, die Mitglieder der Kommission zu einer beschlußfähigen Sitzung zusammen zu bringen. Dreimal ist der Vorsitzende mit seinem Versuche gescheitert. Das verdient, vor dem Volke konstatirt zu werden.

Aus den Verhandlungen der Petitions-Kommission über fünfzig gegen den Impfwang gerichtete Petitionen geht über diese Angelegenheit folgendes hervor: Von den im Deutschen Reiche 15 700 zur Praxis zugelassenen Ärzten belennen sich nur 17 zu den Impfgewohnen. Die Mortalitätsziffer weist nach, daß im vorigen Jahrhundert auf 100 000 Menschen im Jahre 100—700 Bodentodesfälle kamen, speziell in Berlin vor 1810 200—400; nach Einführung der Impfung sank in den Ländern, welche die Vakzination annahm, die Sterblichkeit auf $\frac{1}{10}$ der bisherigen. In Preußen fiel die Zahl der Bodentodesfälle nach Einführung des Impfgesetzes von durchschnittlich 11 000 auf 1000 und kommen diese eigentlich nur noch in Grenzdistrikten vor, in deren Nachbarschaft Länder ohne Impfwang liegen. Die Aufhebung des Impfwanges im Deutschen Reiche würde eine Sterblichkeit an Boden von 20 000 Menschen in Aussicht stellen. Die Kommission beschloß mit 12 gegen 2 Stimmen, die Petitionen vor das Plenum des Reichstages zu bringen mit dem Antrage, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen, nahm aber einstimmig eine vom Abgeordneten Dr. Haarmann eingebrachte und vom Abgeordneten Vipe und v. Goldbus amendirte Resolution dahin an: „Den Reichstagspräsidenten zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session Mittheilung zu machen über das Ergebnis der Ermittlungen, welche durch die im Reichsgesundheitsrathe tagende Sachverständigen-Kommission über den Nutzen der Schutzpocken-Impfung gemacht worden sind, nun untadelige, insbesondere animale Lympho zum Zweck der Impfung zu beschaffen.“

Die Wahlprüfungs-Kommission hat in ihrer gestrigen Sitzung endlich die Verablung über die Wahl des Abg. Dr. Loß (Kassel) zum Abschluß gebracht, nachdem in einer langen, mehrere Sitzungen in Anspruch nehmenden Diskussion die zur gerichtlichen Erhebung gestellten Protestpunkte erledigt waren. Die Kommission beschloß auf Antrag des Referenten Abg. Singer, beim Reichstage die Ungiltig-

zurücktreten hier unbestimmte Gerüchte, daß ein Bursche aus dem Orte in Abgang gekommen sei. Ein Viehhändler erzählte, er habe in dem Stalle eines hiesigen Bauers ein Wesen gesehen, welches einem Menschen gleich sah, aber auf allen Vieren ging, gleich einem Kalbe. Vor einigen Tagen nun kam dem Bezirksgerichte Pottstein eine anonyme Anzeige zu, worin zum ersten Male in ganz bestimmter Weise ausgesprochen wurde, daß in dem Hause eines hiesigen Bauers, dessen Hausnummer genau angegeben war, seit langem ein Bursche in menschenunwürdiger Weise im Stalle gefangen gehalten werde. Auf dieses hin entsendete das Gericht eine Kommission, welche in dem Hause des Bauers Huder eine genaue Durchsichtigung vornahm. In der That wurde von derselben in dem Stalle dieses Bauers ein Wesen aufgefunden, welches mit einem Menschen kaum mehr eine Ähnlichkeit hatte; das Gesicht war durch eine unglückliche Schmutzkruste ganz unkenntlich, die Augen durch den langen Aufenthalt im Dunkeln fast erblindet, die Füße waren in Folge des heurigen strengen Winters halb erfroren, so daß er nicht aufrecht stehen konnte. Der Beamte, bei dem Anblick dieser Jammergestalt von tiefstem Mitleid erfaßt, richtete mehrere Fragen an den Burschen, welche aber alle unbeantwortet blieben; derselbe scheint das Sprachvermögen eingebüßt zu haben und auch taub zu sein. Der Vater, gefragt, wie er denn seinen eigenen Sohn (aus erster Ehe), eben diesen Burschen gleich einem Viehe habe in den Stall sperren können, antwortete darauf, derselbe habe sich derart betragen, daß er ihn nicht mit seinen anderen Kindern im selben Zimmer habe belassen können. Der Kommissar ließ einen Arzt holen, welcher den Burschen vor allem in ein Bad bringen ließ, um denselben von dem starrenden Schmutze zu reinigen, sodann aber verordnete er mit Rücksicht auf den läghigen Körperzustand des dem Platte Wiedergegebenen, daß derselbe sofort zu Bette gebracht werde. Der Vermste ist gegenwärtig 21 Jahre alt und ist seit 11 Jahren, seitdem der Bauer zum zweiten Male geheiratet, in dem Stalle gehalten worden. Die Untersuchung, welche über diesen, großes Aufsehen erregenden Fall eingeleitet worden ist, wird wohl noch manchen dunklen Punkt aufhellen, der Schuldige und die Mitwisser werden der verdienten Strafe nicht entgehen.

Der gesuchte Orden in Persien ist nach Henri Moser derjenige der Ehrenlegion. Warum? In Folge eines zwischen Frankreich und Persien abgeschlossenen Vertrages dürften die Inhaber desselben nicht die Postkonnade erhalten, und das ist im Reiche des Schah ein großer Vortheil.

Teilerklärung der Wahl des Abg. Dr. Vog zu beantragen, weil der sozialdemokratischen Partei in Kassel vor der Stichwahl eine Versammlung verboten wurde, und weil die Rechtfertigung dieses Verbots als begründet nicht bezeichnet werden konnte. Außerdem ist durch die in der vorigen Session beschlossenen Ermittlungen festgestellt worden, daß in zwei Bezirken des Wahlkreises die Wahl vor 6 Uhr Abends geschlossen wurde. Ein an diese Thatsachen anschließender Antrag des Referenten, den ganzen Wahlakt in diesen Bezirken zu kassieren, wurde zwar abgelehnt, dagegen bezüglich dieser Teile des Protokolls beschlossen, die Stimmen aller Wähler, welche sich in den Bezirken, in denen die Wahlhandlung vor 6 Uhr geschlossen ist, an der Wahl nicht beteiligt haben — es sind dies 174 Stimmen — dem Minoritätskandidaten zuzurechnen. Die Konsequenz dieses Beschlusses führt auch bezüglich dieses Punktes zur Ungültigkeitserklärung und so wird denn der Reichstag ohne Zweifel dem Antrage der Wahlprüfungs-Kommission beitreten und Herr Dr. Vog wird wohl oder übel sein Kängel schnüren und das „hohe Haus“ verlassen müssen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Berliner Albumfabrikation ist mehr und mehr auf die Herstellung sehr unsofortiger Waare herabgekommen und befindet sich jetzt, da die Albumfabriken wie Pilze aus der Erde hervorsprossen, in einer schlimmen Periode der Ueberproduktion. Ein Fachmann schreibt darüber der „Voss. Zig.“: „Die bis zum Jahre 1884 und in dessen Verlaufe sich ebenfalls noch steigende Nachfrage nach Photographie-Albums zu stets billigeren Preisen führte zu einer wahren Konstruktionsfabrikation. Unter einem prunkenden Neuherrn verbarg sich der Papierdeckel und eine Innenseite, die unter aller Kritik war. Auf dem Papierdeckel lag entweder ein Zinnschild oder eine „galoisisch aufgeputzte“ Gruppe. Das ganze Buch konnte zu einem Spottpreis angeboten werden; freilich eine Spottgeburt von Buch, aber sie zog. Stieg sich die Ausfuhr an dem unverhältnismäßig schweren Deckel und verursachte die unförmlichen Zinnschilder durch ihr Gewicht Schwierigkeiten bei der Zollbehörde, so griff man zu dem noch einfacheren Aufpressen einer schreienden Vergoldung. So schuf man namentlich für den Markt der Vereinigten Staaten von Amerika ein Buch, das die Zollbehörde als „Papierwaare en bloc“ behandelte und das auf diese Weise erheblich billiger hineingebracht werden konnte. Das Vorjahr hatte sich noch mit lospfeifigen Blüchlein beschäftigt; aber der Amerikaner (ich spreche speziell von den Staaten) brauchte eine Waare, die den hohen Zoll seidener Blüsch nicht zu tragen hatte; so nahm man baumwollene Stoffe und der Preis wich im Hundstunde ganz nach Wunsch. Südamerika kann die Berliner Albumindustrie nicht annähernd beschäftigen, für Massien ist kein Absatz und wenn sich auch die Preise dort auf der Höhe der Vorjahre erhielten, so konnten sie keinen Aufschlag für Massien abgeben. Augenblicklich ist die Lage so: in Folge ungünstiger Verkaufsbedingungen nach den Staaten, in Folge des in England darniederliegenden Handels, des allgemeinen Geschäftsrückgangs und der bedeutenden Ueberproduktion hat die Albumfabrikation so gelitten, daß ganze Fabriken die Arbeit einstellen mußten, andere mit dreiviertel Arbeitszeit, wieder andere, die für 90 bis 100 Arbeiter Raum haben, nur mit der Hälfte derselben arbeiten. Es steht traurig aus in diesem Fabrikationszweig, auch ist vor der Hand keine Aussicht auf Besserung, da die um diese Zeit regelmäßig eintreffenden Käufer ausbleiben und der Handel im Inlande sehr zu wünschen übrig läßt.“ — Fürwahr, ein trauriges Bild!

Aus Altona erhalten wir folgende Zuschrift: Die hiesigen Arbeiterkreise — insbesondere, soweit dieselben an der Fachvereinsbewegung direkt beteiligt sind — befinden sich wegen des dieser Tage in Betreff des Maurer-Fachvereins ergangenen gerichtlichen Urtheils in einiger Erregung. Es ist ja durch dieses Urtheil wieder einmal der Beweis geliefert worden, daß die Arbeiterkreise gegenseitig gewährleistete Koalitionsfreiheit von Seiten der Behörden unter Berufung auf Landesgesetze thatsächlich illusorisch gemacht werden kann. Man erklärt die Arbeiterfachvereine einfach als „politische“ Vereine, die bekanntlich nicht mit einander in Verbindung treten dürfen und macht ihnen, sobald sich auch nur ein vorübergehender, rein geschäftlicher Verkehr entdecken läßt, den Prozeß. Durch eine derartige Verhinderung der Arbeiterkoalition wird in erster Linie das Klasseninteresse der Arbeiter hart getroffen. Dasselbe ist als sozialökonomische Macht unzweifelhaft vorhanden und hat als solche ihre volle Berechtigung und Anspruch auf Befriedigung. Das natürliche Solidaritätsgefühl in der Arbeiterklasse ist ebenso ein wirtschaftliches Potens, wie der „individualistische Egoismus des Unternehmers“. Um die Erzeugung des Klassenbessers aus dem Klasseninteresse des Arbeiters zu verhindern, bezw. der weiteren Erzeugung, Verbreitung und Stärkung desselben Einhalt zu thun, müßten die herrschenden Klassen und die Behörden selbst lebhaft wünschen, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter auf dem Boden der Koalition sich Geltung verschaffe, im Ringen nach Bildung und besserer Lebenslage. Der isolirt stehende, auf sich selbst angewiesene, vom subjektiven Gefühl der wirtschaftlichen Abhängigkeit, der Ungleichheit und Hilflosigkeit erfüllte Arbeiter wird sehr leicht auch von den Gefühlen des Hasses gegen diejenigen erfüllt, denen er mit seiner Arbeitskraft unterworfen ist. Die Arbeiter nicht hindern in der Ausübung der Koalitionsfreiheit, in der Nahrung und Förderung ihrer Klasseninteressen, deren Berechtigung ganz unzweifelhaft ist, — das ist das Beste Mittel gegen den so oft beklagten Klassenhass. Der wird nur da erzeugt und genährt, wo die Bethätigung des Rechtes des natürlichen Solidaritätsgefühls zum „Unrecht“ gestempelt und verhindert wird. Die Arbeiter bedürfen der Freiheit; es ist die unentbehrliche Lebensluft für ihre sozialen Bestrebungen, die allerdings mit „Vertrauensseligkeit“, wie man sie auf gewisser Seite wünscht, nichts gemein haben, sondern dem Selbstbewußtsein Rechnung tragen. Nicht mit Unrecht sittert man vor dem Sklaven, der plötzlich die Kette bricht, während das Walten des freien Mannes Vertrauen einflößt. Wilde Gedanken von Haß und Rache werden durch nichts so sicher gebannt, als durch geistige Arbeit, wie sie insbesondere die von der Polizei hie und da so schwer bedrängten Arbeiter-Fachvereine sich zur Aufgabe gemacht haben; durch geistige Arbeit, welche mit freiem Sinn die Verhältnisse des Lebens durchdenkt und sich mit männlicher Offenheit der Erreichung eines bestimmten Zieles widmet. Darum möge man die Arbeiter nicht nur gewähren lassen, wenn sie ersten Blickes ihre Lage prüfen, wenn sie, statt sich dem finstern Groll und dem dumpfen Jagen hinzugeben, ihr Auge dem Sonnenlichte eines neuen Zeitalters zuwenden und die Mittel und Wege prüfen, wie es ohne Appell an die brutale Gewalt herbeizuführen sei; man sollte sich freuen, daß sie darauf aus sind, sich als menschliche Wesen im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer höheren Bestimmung empor zu ringen aus den Banden der Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Unfreiheit. Man sollte nicht die Gefahr, sondern den Nutzen der Rettung aus einer großen Gefahr in der Arbeiterbewegung und ihren Vereinsbildungen erblicken. Leider ist in „maßgebenden“ Kreisen zumeist das Gegenteil der Fall. Daß die gegenwärtige Reichsgesetzgebung keine durchschaffen werde, ist kaum zu hoffen. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, d. h. die volle und ganze, ist eben allen herrschenden Parteien ein Dorn im Auge.

Ein Hundertjähriger sucht Arbeit. Die Hamburger „Bürger-Zig.“ schreibt: Ein jammervoller Nothsüchtler ist nun aus folgender Annonce entzogen: „Den 101. Geburtstag feier-

am 13. März der bekannte Schweizer Uhrmacher Bernard Goering aus Glarus (Schweiz), der sehr arm, bittet seine lieben Landsleute sowie edle Herzen um eine kleine Geldspende oder Arbeit. Wohnung: Gr. Karlsruferstr. 46, 1. Et., Ottensen.“ — Rede Bemerkung zu diesen, eine lange traurige Geschichte von Kummer, Noth und Elend enthaltenden wenigen Zeilen ist wohl überflüssig.

Die Aktiengesellschaft ist die modernste und mächtigste Organisation der Kapitalistenklasse. Die gewaltig anschwellenden Produktionsmittel können allmählich nur von ganzen Unternehmerrgruppen angewendet werden. Wir haben es mit dem Kollektivismus der bürgerlichen Gesellschaft zu thun. Wie sich dieser Prozeß vollzieht, kann man z. B. an den Vereinigten Gaswerken Augsburg beobachten. Die Gesellschaft besitzt jetzt die Gaswerke Aich, Biberach, Bogen, Freising, Gungelshausen, Königshof, Langenswambach, Lugum, Markt-Adewitz und Trient. Letzte Dividende: 7 pCt.

Noch etwas vom Kollektivismus der Bourgeoisie. In Belgien hat sich, wie die „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“ meldet, ein Baumwoll-Konzortium gebildet, welches sich die Aufgabe stellt, eine Revision aller die Baumwoll-Industrie betreffenden Hölle zu veranlassen, die Preise der Fabrikanten in die Höhe zu bringen, die Anschaffung der wichtigsten Rohstoffe kollektiv zu besorgen. An der Spitze stehen die ersten belgischen Fabrikanten und einige Bankhäuser. Was für den Arbeiter dabei herauskommt, kann man von vornherein sagen: intensiver Ausnutzung der Arbeitskraft zu Ehren des Mehrwerts. Wenn aber die Arbeiter zu Verbänden sich vereinigen wollen, um ihre Interessen zu wahren, so kommen bei uns in Deutschland z. B. Arm in Arm das Sozialisten- und das betreffende Landesvereinsgesetz.

Die Handarbeit in der Stickerei wird durch maschinelle Technik immer mehr verdrängt. Eine Stickmaschine macht täglich im Durchschnitt 1 Million, die Schiffmaschine sogar 8 Millionen Nadelstiche; wir haben also Massenproduktion, Billigkeit der Arbeitskraft, Freisetzung überflüssiger „Hände“. Die Maschine schlägt dem Arbeiter die Arme ab, hat ein französischer Sozialwissenschaftler gesagt, und dieser Satz gilt so lange die Anarchie unserer Wirtschaftsordnung bestehen bleibt.

In den Vereinigten Staaten nehmen die Streiks immer größere Dimensionen an. So wird aus New-York telegraphirt: 7000 Arbeiter, welche in Mantelfabriken beschäftigt sind, haben die Arbeit eingestellt. Eine Depesche aus Evansville in Indiana meldet, daß die Weichensteller der Louisville- und Nashville-Eisenbahn zu streiken beginnen. Nach einem Telegramm aus St. Louis ist es zwischen den streikenden Arbeitern und Beamten der Missouri-Pazifik-Eisenbahn und der Polizei zu einem Zusammenstoß gekommen. Die ersteren stellten sich dem Verzuge, einen Güterzug abgeben zu lassen, gewaltsam entgegen. Lokomotivführer und Heizer verletzten ihre Pöken. Nur durch Einschreiten der Polizei gelang es, den Zug unter starker Eskorte abgeben zu lassen. Die Wille ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten. Der Vollzugsauschuss der „Ritter der Arbeit“ hat die von den Gouverneuren von Missouri und Kansas gemachten Vorschläge zur Beilegung des Streiks auf den Goulschen südwestlichen Bahnhöfen verworfen. Man befürchtet, der Streik werde weiter um sich greifen.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Tischler hielt am Dienstag, den 23. März, eine außerordentliche Generalversammlung Neue Grünstraße 23 in Jordan's Salon ab. In derselben wurde eine vom Jgl. Polizeipräsidenten an den Vorstand des Vereins gerichtete Verfügung besprochen, in welcher aufgefordert wurde, die §§ 1 d. 3 und 5 des Vereinsstatuts abzuändern event. die staatliche Genehmigung des Statuts nachzusuchen. Der Vorstand schlug eine formale Abänderung der betreffenden §§ vor und wurde dieselbe nach kurzer Diskussion von der Versammlung akzeptirt. — Hieran hielt der Rechtsanwalt Herr Breschauer einen Vortrag über „die Strafprozeßordnung“. Derselbe verbreitete sich zunächst über das vom Reichstag angenommene Wiederaufnahmeverfahren der Berufungsinstanzen und über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Der Vortragende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Entschädigung unschuldig Verurtheilter in der Form, wie sie der Reichstag angenommen habe, ziemlich nutzlos sei, da hiernach nur solche Verurtheilte entschädigt werden sollen, die ihre Unschuld klar nachweisen können (nicht solche, denen keine Schuld nachgewiesen werden kann). Dies sei unter den jetzigen Verhältnissen der Strafprozeßordnung sehr schwierig. Weiter plaidirte der Referent für Erweiterung der Rechte der Vertheidigung und zwar wenigstens insoweit, daß dem Vertheidiger dieselben Rechte wie dem Staatsanwalt, bezüglich Einsicht der Akten u. dergleichen münden. Dem mit vielen Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine reichhaltige Fragestellung seitens der Mitglieder. Die gestellten Fragen wurden von dem Referenten, sowie von dem ebenfalls anwesenden Rechtsanwalt Herrn Freudenthal beantwortet. Unter Anderem fragte ein Anwesender, wie er sich in folgender Angelegenheit zu verhalten habe: Er habe gegen den bekannten Herrn Rödel eine Denunziation wegen Unterschlagung der bei der Matinee in der Philharmonie erübrigten Gelder, die für die im Gampshausen'schen verunglückten Bergleute bestimmt waren, eingereicht. Es hätte eine Voruntersuchung in dieser Sache im Februar stattgefunden. Nach Einleitung derselben habe Herr Rödel einen Theil der bei der Matinee eingenommenen Gelder für die Bergungsläden abgeschrieben, in Folge dessen sei das Verfabren gegen A. von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Herr Freudenthal beantwortete diese Frage in ausführlicher Weise. Nach Wahl eines 2. Kassirers (Herrn Grünwald) und Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Hannover, 23. März. Am letzten Sonnabend fand hier im großen Saale des Ballhofes eine imposante Volksversammlung statt, in welcher Herr Reichstagsabgeordneter Frohne referirte über die Frage: „Friedliche Entschädigung oder gewaltthätiger Umsturz?“ In etwa anderthalbstündiger fesselnder Rede führte der Redner folgendes aus: Der sozialdemokratischen Bewegung liege nicht die Absicht des gewaltsamen Umsturzes zu Grunde, sie bezwecke im Gegentheil gemeinschaftliche oder den wachsenden Anforderungen der Sozialgerechtigkeit nicht mehr genügende Einrichtungen bei Zeiten durch bessere zu ersetzen; sie wolle Mittel anwenden, welche verhindern, daß die Menschheit wieder mit der Barbarei beginnt, wenn eine Kulturperiode sich ausgelebt hat und ein neues Zeitalter beginnt. Auf dieser hohen sittlichen Idee beruhe die deutsche sozialdemokratische Bewegung vom Tage ihrer Entstehung an. Mit ihrem Schöpfer Vassalle sehe sie nicht in der rohen Gewalt, sondern einzig und allein in der wissenschaftlichen Quelle aller unablässig fortschreitenden, aller friedlich sich vollziehenden Verbesserung. Redner gab eine sehr interessante Schilderung der den arbeitenden Klassen so überaus ungünstigen gesellschaftlichen Zusammenhänge, — der wirtschaftlichen Anarchie und ihrer Konsequenzen. Daraus folgerte er in scharf logischer Weise, daß der sittliche Inhalt der Forderungen des Arbeiterstandes sich vollständig deckt mit der Kulturentwicklung, mit dem geschichtlichen Vervollkommnungswange, dem die Menschheit unterworfen sei. Dieser Zwang — erklärt Redner — bringt, wie auch Schäfte konstatiert, die Freiheit und Gleichheit in Staat und Gesellschaft zu steigender praktischer Geltung, er drängt die Privilegienherrschaft mehr und mehr zurück und zwingt Staat und Gesellschaft, um ihrer Selbsterhaltung willen, allen ihren Gliedern sowohl eine dem wachsenden Bildungsstreben

entsprechende erhöhte Theilnahme an dem überlieferten Gemeinbesitz geistiger Güter zu garantiren, als auch sich mit Herstellung und Sicherung der möglichst besten Existenzbedingungen für Alle, mit einem Bemühen und Recht entsprechenden Ausgleich der Misverhältnisse in Bezug und Genuß der materiellen Güter zu befassen, sowie alle sozialen Berufsstellungen gemeinlich gleich, d. h. nach Maßgabe wirklicher Tüchtigkeit und wirklichen Verdienstes für Jeden zugänglich zu machen. Wer das zu begreifen vermöge, dem werde die Erkenntniß der sozialen Frage sich aufdrängen mit jener Allgewalt, mit der irgend eine gewaltige Naturschöpfung in unser Bewußtsein tritt. „Wann endlich“, fragt Redner, werden unsere Gegner begreifen, daß es sich bei „Lösung der sozialen Frage“ um weit mehr handelt, als um die „Sättigung des Magens“? Ein neues Gesellschaftsprinzip ringt mit der Kraft eines Naturprozesses sich durch, streitet wider das alte und will es besiegen; das ewige Unrecht der Menschheit tritt in eine neue Erscheinungsform, getragen von dem stets nur in einer Richtung wirkenden Masseninstinkt, der sich ausdrückt in der Formel: Recht, Gleichheit, Freiheit. Das ist sie, die „Revolution“, — die Revolution, die zur Verbesserung drängt, zur ökonomischen Gleichheit als notwendige Ergänzung der von der Menschheit selber erzwungenen „Gleichheit“, — der Gleichheit vor der Idee der Gottheit, vor der Vernunft, vor dem Gesetz und vor dem Staate! Sie hält uns umklammert und giebt nicht los; sie gebietet und die Menschheit muß folgen, freiwillig oder widerstrebend; sie ist die oberste Autorität, das eiserne Schicksal der Menschheit, von Niemand erzeugt, von Niemand erkunden, der Integrität der ganzen selbsterigen geschichtlichen Entwicklung und der geschichtlichen Ausdruck einer hohen, sittlichen Idee, der Idee der freien und ebenbürtigen Solidarität, die den letzten thatsächlichen Ueberrest der über Jahrtausende sich erstreckenden rechtlichen und faktischen Unfreiheit der Volksmassen beseitigen soll.“ — Scharf kritisirte Redner sodann die in den herrschenden Kreisen vorwaltende Meinung: die Sozialdemokratie wolle eine Revolution „machen“ und durch Gewalt zum Austrag bringen; er erinnert an das Wort Vassalle: „Eine Revolution machen wollen, das ist eine Thorheit unruher Menschen, die von den Befehlen der Geschichte keine Abnung haben.“ Es sei ja eben die große Kontinuität und Einheit aller menschlichen Entwicklung, daß nichts Neues in sie hineinschneit, oder willkürlich ein Prinzip in sie hineingetragen wird, daß vielmehr in ihr nur immer zur bewußten Erkenntniß gebracht und nun mit Willenskraft verwirklicht wird, was seit je schon an sich die unbewußt wirkende organische Natur der Dinge gewesen ist. — Der geschichtliche Lauf des Sozialismus gipfeln in der Verbreitung und Verallgemeinerung dieser Erkenntniß; seine so viel versprechende und geschwähnte Partei sei der geschichtlich berufenen Vermittler zwischen Gegenwart und Zukunft, so aber auch gewissermaßen das Breckstein für Alles, was in diese Vermittlung störend eingreife. Schließlich gelangt Redner zu der Ueberzeugung: daß immer nur unkluger Widerstand gegen das mit entwicklungsgefehliger Nothwendigkeit sich bahnbrechende Neue die Gefahr roher Gewaltthat mit sich bringe. Der Sozialismus wolle diese Gefahr beseitigen; ihm gelte es, aufzubauen in der Welt der lebendigen Thatsachen. Es sei thöricht, die Sozialdemokratie des „Anfangs“ zu beschuldigen, denn: „Das herrschende Gesellschaftsprinzip theilt mit allen vorher dagewesenen das Schicksal, daß es mit innerer Nothwendigkeit sich selbst untergräbt, sich des sittlichen und historisch-rechtlichen Haltens beraubt und so die Massen abschießt und zu sich in eine oppositionelle Stellung bringt.“ — Mit einem warm empfundenen Appell an das Gewissen und den guten Willen, sich einer vorurtheilsfreien Prüfung der einschlägigen Verhältnisse und Prinzipien zu befleißigen, schloß der Redner unter lang anhaltendem enthusiastischem Beifall der Kopf an Kopf gedrängt stehenden Menge, die alsbald in größter Ruhe und Ordnung sich verließ.

* Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter. Versammlung Sonnabend, den 27. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Grätwells Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Ephraim über: „Die Tugenden der modernen Weltanschauung“. 2. Der Verlauf des Streiks in Bayreuth. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen. Auch werden in der Versammlung die Fragebogen verausgabt. Die restirenden Mitglieder werden auf § 6 des Statuts aufmerksam gemacht. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der streikenden Kollegen in Bayreuth werden bei Stramm, Stallgerstraße 18, vom Kassirer in Empfang genommen.

* Verein zur Pflege freireligiöser Lebens. Sonntag, den 28. März, Vormittags 10 Uhr, Niederwallstr. 20 im untern Saale, Vortrag des Herrn Dr. Böckel über das Thema: „Sollen wir uns Sorgen machen?“ Zutritt hat Jeder.

* Große Volksversammlung am Sonntag, den 28. März, Vormittags 10 Uhr, in der „Lunaballe“, Friedrichstr. Nr. 112. Tagesordnung: Die bisherige Thätigkeit des Reichstags. Referenten die Herren Reichstagsabgeordneten W. Hasenclever und V. Singer.

Interessen-Verein der Risten- und Koffermacher. Montag, den 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, General-Versammlung. Tagesordnung: Vorstandswahl, Berichtes und Fragekasten. Quittungsbuch legitimirt. Neue Aufnahmen finden statt.

* Fachverein sämtlicher im Drehschloßgewerbe beschäftigten Berufsgenossen. Bieres Stiftungsfest am Sonnabend, den 27. März, Abends 8 Uhr, in Artee's Salon, Wasserthorstr. 68.

* Große öffentliche Versammlung der Pußer Verein und Umgegend am Sonntag, den 28. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokal Neue Schönhauserstr. 20, Palmen-Saal. Tagesordnung: Bericht der Delegirten vom Kongreß der Maurer Deutschlands. Berichtes.

* Tischler-Verein. Außerordentliche Generalversammlung am Sonnabend, den 27. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Kottbuserstraße 4a. Tagesordnung: Statutenänderung. Quittungsbuch legitimirt.

* Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (C. H. 29). Sonntag, Vormittags 10 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung der Filiale VII Berlin in Jakob's Salon, Lindowstraße 26. Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zum Kongreß. Berichtes.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Vierteljahrwechsel erlauben wir uns, alle Arbeiter Berlins zum Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“ mit der Gratisbeilage „Illustriertes Sonntagsblatt“ einzuladen.

Das „Berliner Volksblatt“

loftet für das ganze Vierteljahr frei ins Haus 4 Mark, für den Monat April 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungsbedienten, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstr. 44, entgegen genommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für das nächste Vierteljahr zum Preise von 4 Mark entgegen.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Ist das Elend aus der Welt zu schaffen?

Mit jedem Tage häufen sich die Nachrichten über den wirtschaftlichen Nothstand, der aller Orien in unerhörtem Maße herrscht. Zwar haben auch ältere Generationen nach einem Aufschwung der Gewerbe eine Zeit des Stillstandes und des Druckes durchmachen müssen, aber vorherrschend waren die Zeiten des Aufschwunges, nur in längerem Abstand lehrten die Stockungen wieder und auch diese in milderer Gestalt als heute. Wie hat sich das alles in den letzten Jahren verändert! Noch sind die verheerenden Folgen der großen Katastrophe des vorigen Jahrzehnts nicht verstanden, da tritt bereits eine neue weltwirtschaftliche Krise ihren Umgang an. Jenseits des Ozeans hat sie diesmal begonnen, dann setzte sie in England und Frankreich festen Fuß, und nunmehr zittert ganz Europa unter ihrer Herrschaft. Das Elend nimmt nicht überall dieselben Formen an. Hier zeigt es sich in der Zunahme der Selbstmörder und Verbrecher, dort in der Vermehrung der Bettler und Almosenempfänger, hier vertriebt es sich still in seine Winkel und Keller, dort bricht es in lauten Thaten der Verzweiflung hervor — aber überall schwillt es an und noch hat keine Kunst der Regierungen es einzudämmen vermocht. Alle Mittel der alten Wirtschaftspolitik sind vergebens versucht worden. So hatten Deutschland und England ihren Freihandel, als der Zusammenbruch der siebziger Jahre erfolgte; Leute haben fast alle Staaten sich mit Schutzzöllen gegen das Ausland umgeben und gerade die Länder, welche am längsten diese Wege wandeln, Frankreich und Nordamerika, liegen heute am schwersten darnieder.

Ist damit nicht bewiesen, daß die allgemeine Verarmung unabänderlich ist und daß wir uns entsagend in das Unabänderliche zu fügen haben?

Viele erste und nachdenkliche Leute werden diese Frage, wenn auch widerstrebend, bejahen. Sie sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die industriellen Länder über das zulässige Maß der Bevölkerung hinausgewachsen sind, daß sie nicht mehr so viel Güter erzeugen oder eintauschen können, um alle Bewohner auskömmlich zu erhalten. Zu viel Köpfe — und zu wenig Waaren! an diesem Widerspruch geht nach ihnen unsere Kulturwelt wie an einer verzehrenden Krankheit zu Grunde. Und zwar notwendig zu Grunde, denn nach dieser Anschauung ist die Vermehrung der Menschen eine so starke, daß es immer zuviel verlangende „Mäuler“ geben wird.

Aber ist diese Anschauung denn richtig? Wir können nicht soviel produzieren wie wir brauchen?! Aber produzieren wir denn überhaupt, soviel wir können? Siehen nicht vielmehr unsere Werkstätten und Fabriken zu einem großen Theile, wie vom Schläge gelähmt, stille? Wenn sie alle in Thätigkeit versetzt würden, wozu ein Güterreichthum müßte ihnen einströmen, und wie reichlich würden alle leben können, wenn dieser Güterreichthum allen zu gute käme! Wir haben zu wenig Güter?! Aber jammern und klagen unsere Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute — und auch unsere Landwirthe nicht gerade darum, daß von allen Waaren zu viel da ist, daß sie dankerott werden, daß sie ihre Arbeiter entlassen müssen, weil zuviel produziert werde, eine Ueberproduktion eingetreten ist?

Und in der That, unser Elend rührt nicht daher, daß es an irgend etwas fehlt oder fehlen würde, wenn man in allen Gewerben thätig wäre. Nein, gerade der Ueberfluß macht uns elend und arm.

Aber muß das so sein? Wenn wir durch großartige technische Fortschritte mit halbsoviel Arbeit dasselbe leisten können, muß das so sein, daß wir alsdann die Hälfte der Arbeiter fortlassen und ihrem Schicksal, d. h. dem Hunger und der Noth überlassen — oder wäre es nicht unsere Aufgabe, hier für alle eine Arbeitseleichterung zu schaffen, sodas es allen besser erginge? Wenn wir zuviel von allen Gütern schufen, wenn wir, wie es heute der Fall ist, eine weltwirtschaftliche Ueberproduktion von allen Bedarfsgegenständen, selbst bei den Lebensmitteln, bei Getreide und Fleisch haben, muß das so sein, daß alsdann wegen des stöckenden Absatzes die Arbeiter nicht das Brod gegen ihren Hunger und die Kleidung gegen ihre Blöße mehr haben, und daß auch ein großer Theil der Unternehmer in die hoffnungslosen Tiefen des Proletariates hinabsinkt? Muß es so sein, daß, wie es jetzt eintritt, mit dem Ueberfluß, der Ueberproduktion an allen Gütern die Entbehrung an allen Gütern wächst? Oder müssen wir nicht dahin streben, daß der wachsende Reichthum in Zukunft auch das wachsende Glück eines Volkes begründe?

Man sieht, es ist nur ein finsterner Aberglaube, der uns die heutige Noth als etwas Unabänderliches lehrt. Nein, es sind alle Vorbedingungen für ein ungemessenes Glück des ganzen Volkes vorhanden, und wenn diese Vorbedingungen des Glückes heute in ebenso viele Förderrungsmittel der Noth umschlagen, so ist daran nur ein überlebtes Wirtschaftssystem schuld, das zu ändern in der Hand des Volkes liegt, wenn es seine Lage einmal klar erkannt haben wird.

Diese Erkenntniß verbreiten zu helfen, wird unser erstes und unablässiges Bemühen sein.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

74. Sitzung vom 26. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst von Bismarck, von Boetticher, von Scholz, von Burchard und von Bronsart.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abgeordneter Heine (Soz.), daß er seine Angaben über seine Erlebnisse während der sechsmonatlichen Strafhaft zu Halberstadt, insbesondere von den durch den Staatsanwalt Schöne angewendeten Zwangsmaßnahmen, um ein Geständniß zu erpressen, vollständig aufrecht erhält. Der Justizminister habe im Abgeordnetenhause aus dem Berichte des Staatsanwalts Angaben

verlesen, welche nicht der Wahrheit entsprächen: er sei niemals Untersuchungsgefangener gewesen, sondern habe vom 18. Juni bis 18. Dezember v. J. als Strafgefangener die über ihn wegen Beleidigung des Vorstandes der Arbeiterkolonie zu Sayda verhängte Strafe abgedient; er sei ferner am 30. Oktober v. J. vom Staatsanwalt Schöne in Gegenwart eines das Protokoll führenden Referendars und des Gefängniswärters von Erstgenanntem befragt worden, wie er in den Besitz des Stillschusses gekommen sei, das man bei ihm gefunden, er solle den Beamten, durch dessen Vermittelnde allein die Befreiung stattgefunden habe, nennen, er werde nicht eher die von ihm gewünschte bessere Gefängniserlaubnis bekommen. Die Angabe des Staatsanwalts sei falsch, der zufolge niemals gegen ihn Arrest verhängt worden, und er stets in Zelle 22 internirt gewesen sei, im Gegentheil sei er am 30. Oktober Abends 6 Uhr auf Anordnung des Gefängnisarztes nach einer anderen freundlicheren gebracht worden, wo er bis zum Ende seiner Strafhaft verblieben sei. Eine amtlich beglaubigte Abschrift jener Verfügung des Staatsanwalts Schöne, welche ihn so lange an Zelle 22 gebunden, bis er den Vermittler genannt habe, sei ihm auf seinen Wunsch verweigert worden. Er bitte den preussischen Justizminister die betreffenden Aktenstücke einzusehen. Sollte sich trotz alledem die Unwahrheit seiner Behauptungen herausstellen, so sei er zu jeder Satisfaction gegenüber dem Staatsanwalt bereit, entgegenzusetzen, falls erbitte er aber im Interesse des öffentlichen Rechtsbewußtseins die verheißene Remedur.

Darauf wird der Zusatz zum § 6 des Pollaristengesetzes (Hollfreibeit für Materialien und Dienstutensilien auf gemeinsamen Grenz- und Betriebswechselstationen) in dritter Beratung genehmigt, und das Haus tritt in die zweite Beratung des Branntweinmonopols ein.

Referent v. Hertling: Der Verlauf der Debatten in der Kommission, sowie die Erklärungen der Vertreter der Regierungen ergaben alsbald, daß die Vorlage nur eine kleine Anzahl unbedingter Freunde im Reichstage hatte und daß ihre Annahme in der vorgelegten Form nicht zu erreichen sei. Diese Anschauung beeinflusste auch die Beratungen, zu denen gerade von den Gegnern des Monopols das Wort nicht erblieben wurde. Bei der Frage der Steuerform wurde die Konsumsteuer nur nebenher gestreift, dagegen von mehreren Mitgliedern mit großem Nachdruck der weitere Ausbau der Maßraumsteuer empfohlen. Im Allgemeinen erhuben diese Vorschläge den Einwand, daß es eine unrichtige Politik sei, die Einzelstaaten aus der Reichsliste und die Kommunen aus den Staatslisten zu verjagen; der gesundheitschädliche Einfluß des Branntweintrinkens sowie die Trunksucht lägen sich durch andere Mittel bekämpfen, auch sei noch gar nicht nachgewiesen, daß die Trunksucht in den letzten Jahren besonders zugenommen habe, und schließlich dürfe die Steuererhöhung nur gegen eine Erleichterung auf anderem Gebiete bewilligt werden. Seitens der Regierungen erlante man den Werth der Resolution als Verständigungsmittel an, sie wurde aber mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Hiernach kann die Kommission nur vorschlagen, die Vorlage abzulehnen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Wenn ich jetzt in der zweiten Lesung das Wort für die Annahme des Monopols ergreife, so schmeichle ich mir natürlich nicht mit der Hoffnung, auf die Zustimmung damit einen wesentlichen Einfluß zu üben; ich halte es indessen doch für meine Pflicht, obschon es mir nach dem Zustande meiner Gesundheit schwer wird, vor dem Hause die Gründe darzulegen, welche mich bestimmt haben, den Antrag auf Einführung des Monopols auch meinerseits zu stellen und lebhaft zu unterstützen. Daß ich damit auf die Annahme wieder einen Einfluß üben könnte, dazu ist, wie gesagt, keine Aussicht. Nach der Lage unserer parlamentarischen Verhältnisse werden wichtigeren Fragen ja doch in der Regel entschieden, bevor sie überhaupt in die erste Lesung gelangen; sie werden entschieden innerhalb der Fraktionen. Wenn dort festgelegt ist, wie jede Fraktion sich dazu stellen will, so hat die erste Lesung oder die weitere Behandlung in der Regel einen mehr ornamentalen Charakter. Diese Entscheidung über das Monopol, die in den Fraktionen getroffen war, — ja zum Theile bereits getroffen war, bevor die Vorlage überhaupt von irgend Jemand genannt sein konnte, ist ziemlich schnell erfolgt. Ich will nun gar nicht von dieser letzteren Entscheidung sprechen, die vor der Vorlage erfolgte und die eben nur mit dem bekannten Wort charakterisirt werden kann: Ich kenne die Absichten der Regierung zwar nicht, aber ich mißbillige sie. Von dieser will ich nicht sprechen, sondern nur von der Befreiung, die sie erfahren hat. Schon am 4. März — am 4. März war die erste Lesung — konnte doch wohl Jeder merken, daß das Schicksal dieser Vorlage entschieden war, entschieden in der kurzen Zeit vom 22. Februar, wo sie an das Haus gelangt ist, bis zum 4. März, also mich dünkt in 12 Tagen. Eine Vorlage, an der die verhandelnden Regierungen etwa sechs Monate mit großer Sorgfalt gearbeitet hatten, über die sie untereinander korrespondirt, die sie von ihren Technikern hatten prüfen lassen — die als vollständig unbrauchbar zu verwerfen, bedurfte das hohe Haus nur der Zeit von 12 Tagen. Man spielt mit uns; man läßt uns eine Art Blindspiel spielen. Wir wissen nicht, man sagt uns nicht, wie wir es etwa besser machen könnten, man läßt uns errathen; es giebt ja solche Spiele, wo man Jemanden herausfährt, um einen versteckten Gegenstand zu suchen. Dabei giebt man ihm aber doch die Hilfe, daß die Kugel sich verhält oder abwärts, je nachdem er dem Ort näher kommt. Selbst diese kleine Aufmunterung wird uns hier vollständig verweigert. Man begnügt sich damit, wie es bei diesem Gesellschaftsspiel ja stets stattfindet, daß man mit Interesse die mehr oder weniger unbeduldsamen oder geschickten Versuche Derjenigen, den man suchen läßt, betrachtet und seine kritischen Bemerkungen darüber macht. In dieser Weise, glaube ich auch, hatte ich die Aufforderung des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst zu verstehen, mich an den Konmissionsverhandlungen zu betheiligen. Ich hätte dort ungefähr die Rolle gespielt, wie die Juden an den Wäskern von Babylon: Wieder, singe uns ein Lied von Zion, damit wir uns an Deinem Rummer erfreuen. (Heiterkeit rechts.) Diese Art von Zurückhaltung, vom Amtschleusen des Ministeriums bei der Arbeit und bei dem Suchen nach den Mitteln, anerkannte Schäden in unserem öffentlichen Leben zu mildern, ist schwer erklärlich, wenn man nicht den Jutrum sich vergegenwärtigt, der fast allgemein unsere Verhandlungen beherrscht, als ob die Regierung die Verpflichtung hätte, ihrerseits mehr Patriotismus, mehr Fürsorge für das öffentliche Wohl zu haaren und sich dafür abzumühen, als ob allen übrigen Mitarbeitern, dem gesammten Reichstage, nur die angenehme Aufgabe wäre, der Regierung die nach der Stimmung, die gerade die Mehrzahl beherrscht, je nach dem Fraktionsbedürfnisse Nein zu sagen und sie abzuweisen, als ob die Regierungen und Minister irgend eine Interesse pro domo haben die Minister nicht. Der Einzige unter — ich glaube — fast allen deutschen Ministern, der bei dieser Vor-

lage irgend ein persönliches Interesse haben könnte, bin ich, indem ich, wie der Abg. Richter bei irgend einer Gelegenheit sagte, ein großer Brenner vor dem Herrn bin. Er hat diese Andeutungen ja neulich vervollständigt in der Weise, daß er sein Wort von der Schnapspolitik wiederholte und mir dabei Schuld gab, daß ich in den Verhandlungen der letzten Jahre — ich weiß nicht mehr, wie er sich ausdrückte; ich habe es hier, aber ich will Sie nicht aufhalten mit dem Nachhaken —, es ging ungetähr darauf hinaus, daß ich in der Gesetzgebung mein persönliches Interesse an der Brennerfrage betheiligte. Nun, meine Herren, es liegt doch in dieser Andeutung, die der Abgeordnete Richter offen ausgesprochen hat, eine Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, mich in der öffentlichen Achtung herabsetzen müßte. Wenn der Abgeordnete Richter das nicht unter dem Schutze des parlamentarischen Privilegiums, andere Leute beleidigen zu dürfen, gesagt hätte, so würde ich ihn einfach vor Gericht fordern und den Beweis der Wahrheit von ihm erwärtigen.

Er würde ihm recht schwer zu führen sein, da meines Wissens analoge Verhandlungen, in denen ich diese Vorliebe für die Brennerfrage hätte beweisen können, in den letzten Jahren gar nicht stattgefunden haben. Es ist einmal eine Branntweinsteuerfrage im Landtage gewesen, so viel ich mich erinnere; aber eine Besteuerung der Brennerfrage ist hier noch nie in Frage gekommen. Es wäre ja für mich ein Leichtes, dergleichen grobe Injurien zu erwidern und auch den Herrn Abg. Richter zu beschuldigen, daß er seine Stellung als Abgeordneter in seinem Privatinteresse ausbeute; indessen ich verziehe darauf. Ich finde es unter meiner Würde, mich auf einen Streit der Art einzulassen. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre ja bedauerlich und der Herr Abg. Richter wäre doppelt im Unrecht, dergleichen gesagt zu haben — wenn er damit irgendwie Glauben fände. Es ist für das Ansehen und die Bedeutung des Deutschen Reichs ziemlich gleichgiltig, was man in der Welt von dem Herrn Abg. Richter denkt; es ist aber für das Deutsche Reich nicht gleichgiltig, was man von dessen erstem Beamten, seinem Kanzler, denkt. (Sehr richtig! rechts.) Ich könnte deshalb mit sehr viel mehr Sicherheit, Niemand zu schädigen, das, was ich etwa dem Herrn Richter als Ballen in seinem Auge vorzuhalten hätte, hier vortragen. Aber, wie gesagt, ich glaube, ich habe das nicht nöthig; ich glaube, die Stellung, die ich mir im öffentlichen Leben seit 30 Jahren erworben habe, ist zu fest, als daß der Herr Abgeordnete Richter mich aus derselben herunterzerren könnte. Sein Gewicht ist zu leicht dazu. (Bravo! rechts.) Er hat in derselben Rede die ganze Monopolvorlage in der Hauptsache als ein Geschenk dargestellt, welches den schlesischen Magnaten, die er zum Theil namentlich aufführte, gemacht werden sollte, er hat sich bei dieser Aufzählung der einzelnen Kategorien des schlesischen Adels, wie ich aus dem stenographischen Bericht ersahen habe, eines mehrfachen Beifalls und großer Heiterkeit zu erfreuen gehabt, wie das sehr leicht in Deutschland in allen größeren Kreisen zu erreichen ist, wenn man Nachtheiliges vom Adel spricht; nur muß es eben gerade der deutsche Adel. Das ist ein charakteristisches Zeichen, wie schwer es ist, den Beifall des Landmanns zu erwerben, und wie richtig bei uns das Sprichwort ist, daß kein Prophet in seinem Lande etwas gilt. Der fremde Adel, schon der böhmische und ungarische Magnat neben dem schlesischen, — da hat man „alle Achtung“. (Heiterkeit.) Ein englischer Lord — da nimmt man den Hut ab nicht nur in England, sondern auch hier bei uns in Deutschland. Ein französischer Marquis — das hat doch ein gewisses historisches favour von Mosolo und von Feinheit; das läßt man auch passieren; man ist nicht geärgert, mit einem Marquis zu verkehren. Ein spanischer oder italienischer duca — der hat etwas erotisches; der hat schon an und für sich durch seinen ausländischen Charakter etwas Anziehendes. Aber ein deutscher Graf, und gar ein „Reichsgraf“, wie der Abgeordnete wiederholte, unter großem Beifall, — das ärgert jeden Niederrmann sehr, daß die auch Brennerzeilen haben, und daß diese staatslich geschützt werden sollen. Wir haben ein naheliegendes Beispiel in der Zuckerindustrie. Da sind schon manche zu Grunde gegangen, die weniger feststanden; die wohlhabendsten halten es länger aus. Wir haben viele Beispiele in Amerika, in England. Ich erinnere an die großen Operationen, die seit Jahrzehnten von englischen Industriellen in der Weise gemacht wurden, daß dieselben die Ueberproduktion begünstigten; die Krisis wurde dadurch verschärft, die stärksten und reichsten Fabrikanten verlorfaufen mit Schaden immer wohlfeiler, und nachdem alle ihre Nebenbuhler zu Grunde gegangen waren, gingen sie mit dem Preise in die Höhe und waren die Konkurrenz los. So würde auch, wenn gar nichts geschieht, die Krisis von selbst schon die Kontingentirung vollziehen, aber leider zu Gunsten der Reichen und zum Nachtheil der Armen. (Sehr richtig! rechts.) Die schlesischen Magnaten werden nicht Diejenigen sein, die leiden; unter den bürgerlichen Schicksalern, unter denen der Herr Abgeordnete Richter nur einiger Reichern wohlwollend gedachte, ohne ihre Namen zu nennen, da werden gerade nur diese Reichen vielleicht die Krisis überleben; die glücklichen Jahre, wo man zwischen den Gräbern der Konkurrenten sich etabliren, das seinige besser ausbauen und ausbeuten kann, die werden eben nur diese reichen Adelsfamilien und Grafen und Herren erleben. Es handelt sich hier aber gar nicht einmal um die Frage der Brennerfrage, sondern wesentlich um die Frage des Kartoffelbaues. Ich will hier vorläufig nur hervorheben, daß die Frage nicht so liegt, Branntweindrenner gegen Schankwirth, sondern Kartoffelbauer gegen Schankwirth. Jede Verminderung unseres Kartoffelbaues um auch nur ein Hektar — ich will ganz obiter taxiren — entzieht einer Arbeiterfamilie den Boden ihrer Existenz, und jede Vermehrung unseres Kartoffelbaues um einen Hektar giebt die Möglichkeit für eine Arbeiterfamilie mehr zu leben im Vergleich mit anderen Früchten, die an der Stelle gebaut werden können. Diese sozialen und wirtschaftlichen Motive sind indess garnicht die Hauptsache, die uns zur Vorlage veranlaßt haben, sondern die Hauptsache ist das finanzielle Bedürfnis, das vorliegt und das von dieser Stelle aus schon mehr als einmal vertreten worden ist. Das Bedürfnis schien fast von allen Parteien anerkannt zu werden; von der freisinnigen Partei habe ich nichts gehört — aber auch vom Centrum, das nachher so geschlossen gegen die Vorlage gestimmt hat, schien der Abg. v. Huene doch wenigstens das Bedürfnis zuzugeben, und von Seiten der Nationalliberalen, wie mir schien, ungetheilt. Die Bedürfnisfrage aber ist, je älter sie wird, eine immer dringendere. Was die deutsche Nation in den verschiedenen Formen, in welchen sie ihr politisches Leben zur Erscheinung bringt, an Ausgaben bedarf, daß muß in irgend einer Gestalt doch aufgebracht werden, mag das Bedürfnis sich im Verwaltungsgebiet des Reichs, in dem der Einzelstaaten oder in dem der Gemeinden kundgeben; es schöpft das alles aus derselben Quelle und dient alles demselben Zweck, der deutschen Nation die Erfüllung ihres politischen Lebens zu ermöglichen. Die Bestrebungen, die deutsche Einheit herzustellen

Im Jahre 1848, sind hauptsächlich durch die Mischung der Realitäten in Deutschland zu Wasser geworden. Zu den Realitäten gehören die Regierungen und die Dynastien, und ich möchte Ihnen empfehlen, — nicht weil ich augenblicklich zur Regierung gehöre, das wird ja hoffentlich in kurzer Zeit nicht mehr der Fall sein, — aber ich möchte Ihnen im Interesse des Deutschen Reiches und für dessen Schöpfung doch empfehlen, die Regierung und ihre Vorlagen nicht so geringfügig zu behandeln, wie es diesmal in den Kommissionsverhandlungen der Fall gewesen ist. Ich bitte Sie, mir diese Warnung nicht zu verübeln; ich weiß nicht, wann ich bei dem Zustand meiner Gesundheit wieder zu Ihnen werde sprechen können, und ob in diesem Jahre überhaupt noch einmal; die Zukunft steht bei Gott. Aber ich halte es für meine Pflicht, aus Grund der Erfahrungen, die ich im Dienste des Reiches gemacht habe, Ihnen meine Besorgnisse nicht zu verhehlen. Ich würde Sie, wenn es nicht fast wie Ironie klingt, noch heute bitten: nehmen Sie das Monopol an; durch das Monopol befestigen Sie das Reich, durch die Ablehnung des Monopols schwächen Sie das Reich. Wenn Sie das Monopol ablehnen wollen, wenn Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dem Reich und den Einzelstaaten diese Hilfsquellen abzuschneiden, dann, meine Herren, werden wir Ihnen, wie ich schon sagte, in kurzen zunächst eine neue Vorlage machen für ein Reichsgesetz deßhalb Besteuerung des Branntweins in seiner Konsumtion, aber auch, wenn meine Wünsche die Annahme der verbündeten Regierungen finden, — was ich ja noch nicht weiß, zu einer Besteuerung der Interzessanten selbst, die dazu bestimmt sein soll, die Exportbonifikation auf deren eigenen Kosten zu verbessern. Wenn Sie uns das auch wieder angebrachtermaßen ablehnen, — dann, meine Herren, glaube ich, daß der König von Preußen sich seinen Unterthanen, der Roth, in der sie sich befinden, und der Thatsache, daß in seinen Staaten 1 1/2 Millionen Aufständigen jährlich wegen Gemeindefällen noch haften müssen, nicht länger wird verschließen können; er wird zusehen müssen, was seine preussischen Hilfsquellen ihm erlauben, aus einer Gewerbe- und Lizenzsteuer aufzubringen, und ich hege die Ueberzeugung, daß er dann an der preussischen Landesvertretung die Unterstützung finden werde, die ihm hier zu meinem Bedauern versagt wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter: Der Abg. Buhl sprach neulich gegen das Monopol so gut, daß wir es nicht besser hätten machen können. Ganz im entgegengekehrten Sinne hat sich heute Herr v. Fischer erklärt. Wer von den beiden Herren hat denn nun für die Nationalliberalen gesprochen? wer für die Süddeutschen? wer für die Bayern? Die Wähler werden doch den Herren Nationalliberalen gegenüber auf der Hut sein müssen, so lange nicht jeder der Herren erklärt hat, wie er prinzipiell zum Monopol steht. Es steht fast aus, als wolle die Regierung den Reichstag schrecken, zum Reichsmonopol, als dem relativen Besseren, zurückzugehen. Warum nun diese Eile? Der Reichskanzler sagte, er wisse nicht, ob er noch bis zum Januar 1887 lebe u. c. In der Weise sind doch die politischen Verhältnisse nicht auf die Gesundheit des einzelnen Mannes und auf zwei Augen gestellt. Das wäre ja auch eine Anklage gegen den Herrn Reichskanzler, wenn er Gesetze in atemloser Hast machen wollte, bloß weil er nicht weiß, ob er das nächste Jahr erlebt. Wenn er kein Vertrauen zum Reichstag hat, so habe ich doch so viel Vertrauen zur Krone und zum jetzigen Inhaber derselben, daß das Bestehen des Deutschen Reichs über 1887 hinaus gesichert ist, gleichgültig, wer dann noch lebt. Diese Vorlage ist kein Mittel, die Zufriedenheit im Lande zu vermehren, es ist keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Reichs. Je mehr der Staat sich wirtschaftlichen Aufgaben wendet, desto mehr wächst im Falle des Mißlingens die Unzufriedenheit. Der Reichskanzler wies den Gedanken eines Staatsstreiches weit von sich. Ich bin dankbar für seine Erklärung, aber ich hätte gewünscht, und der Eindruck würde ein noch bedeutender gewesen sein, wenn der Reichskanzler nicht doch dabei von der Eventualität gesprochen hätte, daß die Fürsten Deutschlands Neue darüber empfinden könnten, daß sie Souveränitätsrechte an das Reich abgetreten haben, und daß sie zu dem Versuch verleitet werden könnten, diese wieder zurückzunehmen. Dem widerspricht aber die Verfassung. Möglich wäre es nur durch eine Revolution. Ein Fürst, der so etwas unternähme, bräde die Verfassung, er wäre ein Revolutionär. Das Recht der Fürsten ist um kein Titelchen besser, als das der Verfassung (Unruhe rechts), und das Recht der Fürsten beruht nur auf der Verfassung (Verbäster Beifall links, Unruhe rechts). Mir scheint, daß man gut thut, darauf hinzuweisen, was man von einer solchen Eventualität denkt. Jedenfalls sage ich, wenn der Reichskanzler Gewicht auf die Zufriedenheit im Lande legt, auf die innere Stärke, so war die Andeutung einer solchen Eventualität ein schlecht gewähltes Mittel. Er sprach dann von der Bedeutung des Parlamentes. Wir haben es ruhig angehört, weil wir es schon oft gehört haben und die Gewohnheit abtumpft. Der Reichskanzler sollte nicht vergessen, daß das Ansehen des Reichstags gehört zum Ansehen des Reichs selbst; und ein Reichstag, der nur Steuerbewilligungsmaschine wäre, würde nicht im Stande sein, das Reich im Innern zu stärken und zu befestigen. Er hat dann auch auf dunkle Gefahren in den äußeren Verhältnissen hingewiesen, solche Andeutungen sind von ganz besonderem Eindruck. Wir bezweifeln — ohne daß ich im Stande wäre, die augenblickliche Lage zu beurtheilen — daß dem Deutschen Reich in der nächsten Zukunft erste Gefahren drohen, aber wenn dasselbe später in erste Kriege gestürzt werden sollte, dann werden es schwere, nachhaltige Kriege sein, mit nachhaltigen Mitteln zu führen, daher haben wir uns um so mehr zu hüten vor solchen Plänen, Projekten und Vorlagen, welche in Friedenszeiten das zerstören, aus dem in Kriegzeiten die letzten Kräfte geschöpft werden müssen. (Verbäster Beifall links; Fischen rechts.) Fürst Bismarck ruft: „Bravo! Bravo!“ (Stürmische Heiterkeit.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Bravo! Bravo! (Verbäster Heiterkeit.) Ich theile ganz die Ansicht der Herren, die Bravo riefen; es war eine ausgezeichnete Rede; aber sie wird auch von dem Vorwurf getroffen, den der Herr Abg. Richter mir gemacht hat, sie war nicht neu. Er sagt mir, ich hielte immer dieselbe Rede. Von dem Herrn Abg. Richter habe ich in den letzten 10 Jahren auch nichts Neues gehört. Es ist immer dasselbe: Keine neuen Steuern! 120 Millionen Steuern! — mehr oder weniger pathetisch, je nach Bedürfnis vorgetragen. Das einzige Sachliche, was der Herr Abg. Richter an mir kritisiert hat, das war die von mir ausgegangene Bemängelung einzelner Fiktionen. Ja, wenn er weiter nichts gegen die Vorlage einwenden kann, als daß die Berichte der Beförden in Königsberg, in Posen, in Stettin über die Branntweinpreise in der Provinz ungenau gewesen sind, dann sollte er doch lieber erkennen, wie schwer es für die Zentralinstanz ist, sich die nötigen Mittheilungen richtig zu verschaffen, statt der Vorlage den Vorwurf zu machen, als ob sie leichtfertig gearbeitet wäre. Ich muß schließlich doch noch zu der persönlichen Bemerkung des Herrn Abg. Richter kommen in Bezug auf den Vorwurf, den ich ihm gemacht habe, daß er mir nämlich Dinge imputirt, wofür er, wenn er es anderswo thäte, strafbar sein würde. Er hat die Sache vollständig richtig verlesen; er hat wohl nur darauf gerechnet, daß in der vermittelten Sachbildung, die er verlesen hat, die Redner es so genau nicht verstehen würden. Er hat aber ganz genau befestigt, was ich gesagt habe, nämlich daß er mich beschuldigt, meinen amtlichen Einfluß zur Begünstigung des von mir betriebenen Brennereibetriebes in der Besteuerung verwandt zu haben. Dapon will er mich freisprechen, daß ich die Leute zum Trinken verleiten lasse. Das ist ja sehr gut von ihm. Ich glaube, er kann auch die Regierung davon freisprechen. Die eigentlichen Werber für die Völlerei im Trunk sind die

190 000 Schankwirthe, die davon leben müssen und die sich schon in die Gesamtheit der Trinker getheilt haben, daß Jeder in der Nothwendigkeit, aber auch in der Leidenschaft ist, seinen Gästen zuzureden, daß sie etwas mehr trinken. Dafür, daß er mich dessen nicht angelagt hat, danke ich ihm. Aber im Jahre 1883 bei der Erörterung der Spritklausel, der Schnapspolitik, hat der Abgeordnete Richter davon in dem Sinne gesprochen, daß unsere Wirtschaftspolitik, unsere Finanzpolitik in ganz hervorragender Weise beherrscht werde durch eine den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechende Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik. Dies in Anknüpfung an meinen Namen und mit der Bezeichnung, daß ich Schnapspolitik treibe. Das Betreiben der Schnapspolitik durch mich erläutert der Abg. Richter darin, daß unsere Finanzpolitik — die Vorlagen gingen von mir aus, sie sind mit meinem Namen unterzeichnet, und ich trage die Verantwortung dafür — in ganz hervorragender Weise beherrscht werde von einer Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik, und zwar in ganz hervorragender Weise — unterstrichen! Nun ist das so, wie es hier steht, eine ganz aus der Luft gegriffene Unwahrheit, für die ich auch nicht einmal die Thatsache einer Verhandlung über den Gegenstand anführen läßt. Wenn der Abg. Richter mit mir einen Kompromiß eingehen will, daß er auf seine Immunitätsklausel, auf seine Berechtigung, mich hier zu injurieren, straflos verzichten will (Unruhe links), so möchte ich doch vorschlagen, daß wir uns einer gerichtlichen Entscheidung unterwerfen, ob nicht eine grobe Injurie und Verächtlichmachung meiner Ehrelichkeit liegt in dem, was er gesagt hat. Das überlasse ich jedem unparteiischen Menschen zu beurtheilen, der den Text liest. Der Abg. Richter hat rasch darüber hinweggegangen und hat darauf gerechnet, daß in der Schnelligkeit diesem verzwickten Satz nicht gefolgt werden wird. Ich werde ihm dankbar sein, wenn er so gut sein wollte, auf seine Immunität für diesen Fall einmal zu verzichten; er bestreitet ja, daß die Gefahr läuft, verurtheilt zu werden, ich werde ihm sehr dankbar sein, wenn er darüber eine Erklärung abgibt, und mir in diesem Falle erlaubt, eine Anklage einzulegen. Sofern er mir das nicht erlaubt, werde ich immer behaupten, daß er er mich auf die ungerechteste Weise unverdient gräßlich injuriert hat. (Bravo! rechts. Unruhe links.)

Nach dieser Rede verläßt der Herr Reichskanzler den Saal.
Auf Antrag des Abgeordneten Richter verlagte sich das Haus.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, erste Lesung der Vorlage, betr. den Servistarif, zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend § 809 der Zivilprozessordnung.)

Lokales.

er. „Wenn der Venz beginnt und der Schnee gerinnt“, so heißt es im Liede, dann wird es besser, dann naht die schöne, berückende Frühlingzeit, die Sonne kommt mit ihren belebenden Strahlen und sie weckt Frühlingssonne und Frühlingssonne. Ein einziger Gang durch die belebtesten Straßen der Reichshauptstadt überzeugt uns davon; wir sehen, wie die Damenwelt ihre glänzenden Toiletten entfaltet, wie der kollekte Sonnenstrahl und Fröher an die Stelle des schädlichen Nasses getreten ist; auf den Schmutz und Spielplätzen der inneren Stadt und des Thiergartens führen sauber gelesene Dienstmäden und Epierwälder Nennen mit den frischen, gesunden Gesichtern die Spröcklinge der glücklichen Klassen spazieren; der Würden Studio hat beim ersten wärmenden Sonnenstrahl vom wärmenden Winterüberzieher Abschied genommen, in seinem Portemonnaie befinden sich einige Mark und ein om'ndser Fettel mehr; in den Selberbunden treten die „Kohlenlauren“ bald wieder in Funktion — jetzt wird's wieder Frühling in Berlin. Und mit dem ersten verschämten Gesang der Vögel, mit dem ersten artlosneden Grün der Bäume und Sträucher, die der Blick des Städters mitten in den ungeheuren Steinklumpen flüchtig streift, zieht es wie verhaltene Sehnsucht durch unser Gemüth, denn der balsamische Windhauch, der sich bisweilen frei und dürrig bis in die rauchgeschwängerte Atmosphäre der dumpten Fabrikthürme verirrt, gibt uns Kunde davon, daß sich draußen ein gewaltiger Werdepogel vollzieht, der mit unbeschreiblicher Kraft, mit nicht zu unterdrückender Gewalt das morsche Gebäude des Winters niederreißt und nicht früher ruht, bis die alte Erde in neuem Gestalt, in verklärter Schönheit prangt. Allerdings, wir selbst sehen nur wenig davon. Die Pflicht, der Beruf, die Arbeit fetten uns mit unzerbrechlichen Fesseln an unseren Platz; wenn auch die Sonne lacht und der laue Frühlinghauch uns hinauswischen möchte, — bei uns aber lann die Freude an dem Wiedererwachen der Natur nicht zum rechten Durchbruch kommen und das Stücken blauer Himmel, welches man durch die blinden Scherben erblickt, steht trüb und melancholisch aus, wie ein langweiliger, nebliger Herbstmorgen. Es mag sein, daß die Dichter Recht haben, wenn sie von der Liebe und Hoffnung sprechen, die mit dem kommenden Frühjahr die ganze Natur überzieht; für den größten Theil der Menschheit ist die Frühlingzeit nur der Anfang derjenigen Periode, in welcher man mühsam diejenigen Schäden ausbessert, die die Winter zu heilen beginnt, welche der Winter mit rauher, gefühlloser Hand geschlagen. Die Arbeit beginnt, das ist richtig; in allen Branchen der Industrie regt es sich, aber es geht wohl nur wenige Menschen, die sich mit voller Hoffnungsfreudigkeit der neuen Thätigkeitsepoche widmen können: unzulänglicher Lohn, stehende, unregelmäßige Anspannung, dann wieder gezwungene Unthätigkeit — das ist die ganze Aussicht, die dem Manne der Arbeit blüht. Und Alles das wäre noch zu ertragen, wenn uns aller Kompf, alle Noth wenigstens die Möglichkeit einer gesicherten Existenz bieten würde, aber eine Krise, eine Geschäftsstodung, die häufig nur ganz unberechenbaren Zufällen abhängt, bringt Tausende aus der Arbeit, in ein Glend, aus dem es kein Entkommen mehr giebt. Das sind gewiß trübe Betrachtungen, aber sie scheinen uns mehr am Plage als die Jubelbellen auf den Knaben Venz, der mit freigelegter Hand Wohlthaten und Freude vertheilen soll. Freilich streift er mit warmem Hauch über die Länder dahin, und die starrenden Eis- und Schneemassen schmelzen unter seinem lächelnden Flügelsschlage, aber Freude ist es kaum, was er den Menschen bringt, vielfach ist es vielmehr Noth und Trübsal; mit wilder Freude zerstört er Leben und Besitzthum, er macht den Armen zum heimatlosen Bettler, der ruhelos von Haus zu Haus wandern muß. Aus allen Theilen Deutschlands kommen Nachrichten über bevorstehende Ueberschwemmungen, ja viele Landstrecken sind bereits überschwemmt. Wer kennt die brausende Gewalt der Frühlingssuhen, wenn sie, sich selbst überschlagend und überhand, von den Bergen in die Thäler stürzen, wenn sie, brüllend und jauchend, das armselige Heim des Tagelöhners zerbrechen und es triumphirend mit sich fortwälzen, wenn in den schmutzigen gelben Fußten das wenige Gerümpel weggeschwemmt wird, welches die Habe einer ganzen Familie bildete, und wenn der erschreckte Flüchtende in dem wilden Wasser vielleicht das verzerrte, entstellte Gesicht eines Ertrunkenen erblickt, den die Fluth erfaßt hatte? Wer kennt diese Gewalt? Das ist der Frühling, der goldige, blendende Sonnenschein, den ein Theil unserer Mitmenschen in jeder Equipage genießt, während ihn der andere fürchtet wie das Verderben. Was die Sonne noch so lebenswarm scheinen, mag der Sonnenstrahl, der neckisch und neugierig über den Fußboden der Kanlarde hinwegschleicht, oder der eine Gade der dunklen Kellertwohnung mit spühendem Wicht überschreitet, und Bilder einer vergangenen, verlorenen, schöneren Zeit voraubert, — die Sonne steht nur Glend, und sie wird es solange sehen, bis der Frühling selbst

in die Herzen und in die Geister der Menschen einzieht. Und dieser Frühling ist nicht der lächelnde, leichtlebige Knabe, es ist der unruhige, kampfeswilde Jüngling, der mit starken Händen das Eis zerbricht, der höhnisch wie der tosende Bergstrom jeden Widerstand niederwirft, und der stolz und Regesbewußt dem Gegner den Fuß auf den Nacken setzt. Ränge er bald erscheinen, dieser Völlerei, sonst erstarrt die Welt im Eise.

Die Vorstände der Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung sind wieder auf dem Posten; wo bei einem Betriebe Zweifel darüber entstehen, ob er der Unfallversicherungspflicht unterliegt, wird schnell die Entscheidung der höchsten Instanz, des Reichsoberverwaltungsamts herbeigeführt und die erforderliche Klarheit geschaffen. Die Eisarbeiten auf den Gewässern, die in diesem Jahre vielen Arbeitern Beschäftigung gewährten, waren einer Berufsgenossenschaft als Versicherungspflichtig erschienen; sie wendete sich jedoch an das Reichsoberverwaltungsamt und dies entschied, daß ein solcher Eisgewinnungsbetrieb, wo es sich nur um das Ausschöpfen des Eises aus Gewässern handelt, und dasselbe auf Brauereien u. c. zu verkaufen nach dem gegenwärtig geltenden Gesetz nicht zur Unfallversicherungspflicht herangezogen werden könne. Damit sei aber noch nicht die Frage entschieden, ob etwa ein Brauereibesitzer, der die Eisgewinnung als Nebengewerbe ausübt, nun auch in Folge der Versicherungspflicht für sein Hauptgewerbe diesen Nebenbetrieb versichern muß. Die Brauereibesitzer gerathen dadurch, und so lange diese Frage nicht endgültig entschieden ist, in eine sehr mögliche Lage, wenn einer ihrer Arbeiter bei der Eisgewinnung so verunglückt, daß er in Folge dieses Unfalles verstirbt oder dauernd in seinem Gewerbe beeinträchtigt wird; ist dieser Arbeiter nicht versichert, so würde zwar, wenn der Betrieb versicherungspflichtig erachtet wird, die gesetzliche Rente an ihn resp. seine Erben gezahlt werden, aber der Betriebsunternehmer würde sich zugleich der Anwendung der Strafbestimmungen der Unfallversicherung aussetzen, für ihn ist es also wohl am sichersten, solche Eisarbeiter einfach als Arbeiter in seinem Brauereibetriebe zur Unfallversicherung anzumelden.

Das Erwachen der Natur zeigt sich bereits auf den Straßen und Wochenmärkten: in großen Mengen sieht man bereits Schneeglöckchen feilbieten, die Veilchen, welche nicht auf französischem oder italienischem Boden gewachsen sind, sondern ihre Heimath in Berlin oder der nächsten Umgebung haben.

Ein Maskenball bei Tage dürfte für uns Berliner gewiß ganz neu sein. Daß derselbe im äußersten Fall nur von Personen ausgeführt werden kann, denen ihre Arbeit nicht gestattet, zu einem derartigen Amusement die Nacht zu wählen, ist wohl selbstverständlich. So haben denn gestern Nachmittag in der Zeit von 2 bis 9 Uhr die — Bädergezeiten Berlins in dem in der Lichtenbergstraße belegenen Heise'schen Restaurant einen Maskenball gefeiert, wie er gelungener kaum gedacht werden kann. Die Theilnahme war eine starke und die Fröhlichkeit eine allgemeine. Um 7 Uhr Abends fand die Demaskierung statt. Dann schwang man noch zwei Stunden das Tanzbein, um den Maskenball um 9 Uhr zu beenden. Wenige Stunden später sah man die braven Gesellen bereits wieder bei ihrer schweren Arbeit, um Berlin für den Morgen mit Brod und sonstiger Backwaare zu versehen. Im Innern der Stadt hätte ein Maskenball bei Tage gar nicht abgehalten werden dürfen, das Aufsehen wäre ein zu großes gewesen.

Aus den Geheimnissen des Kalenders Buchhandels. Seit einigen Monaten ist das neue Jahr eingeläutet, wir haben uns kaum davon unterrichtet, daß Ohiern und Pflanzten wenn auch nicht auf einen Tag fallen, — nein, das wäre zu viel des Guten, — wohl aber zu einer so späten Zeit, wie es so bald nicht wieder vorkommt; wir sind kaum schlüssig darüber geworden, welcher Arbeitsplan im neuen Jahr unser Vorkommen sein soll, — da wie ein Blizstrahl aus heiterem Himmel überbringt uns der Jünger Stephens — o Särden! — ein Artikel eines sinnigen Verlegers, der das nahe bevorstehende Erscheinen seiner sämtlichen Kalenderausgaben für das Jahr 1887 ankündigt. — Wer lacht da? Nun, dieser ersten derartigen Mittheilung werden ohne Zweifel weitere folgen, denn in Bezug der Auswahl der Kalender können wir uns nicht beschlagen, es ist eine herrliche Mustertafel, die uns zur Verfügung steht, schier endlos scheint ihr Wachstum. Werfen wir nun einen Blick in die erste Ankündigung, die vielleicht schon seit Wochen diese Presse verlassen hat, das Neugierige spricht dafür, dann erinnern wir uns unwillkürlich der selbigen Zeit, wo Papa Steffen, Kuerbach's und Gubig-Vollkalender und Andere das Szepter schwangen, die seit Jahren zu ihren Vätern heimgegangen sind. Friede ihrer Asche. — In unserer heutigen parnasien Zeit ist kein Raum für solche treffliche Jahrbücher, denn ach, die Käufer sind heut zu zählen, die sich entschließen, den früher üblichen Preis für eine solche Gabe anzulegen, kann man doch heut dafür beinahe ein ganzes Duzend funkelneuer Kalender erstehen — und das zieht. Schnell wir auch zugeben, daß die Nacht der Verhältnisse ausfallend ist, so ist es im gewissen Sinne doch bedauerlich, daß keiner dieser alten Kämpen den Stürmen der neuen Zeit Trotz geboten, und man deutet es uns nicht abel, wenn wir diesen Abgeschiedenen eine stille Thron der Wehmuth widmen, denn es handelt sich um Volksbücher, deren Werth erwiesen war und die zugleich das Angenehme mit dem Nützlichen insofern verbanden, als uns deren Betrieb ansehnlichen Gewinn scherte. Das Kalendergeschäft der damaligen Zeit war ein durch und durch solides, die Verleger waren sich bemüht, das Beste zu bieten, was seiner Zeit geboten werden konnte. Ganz unmöglich war aber jede Schleuderei, der Kalender behielt eben seinen Werth. Die Prozis hat gelehrt, daß vornehmlich Kalender verläßlich sind, die nicht mehr als 50 Pf. kosten, bei Ausgaben zu höheren Preisen treten in Rede stehende Uebelstände zumist nicht ein, weshalb wir auf letztere nicht zurückkommen. Bei ersterer Art sind Quartausgaben ganz besonders beim Publikum beliebt und kommt dabei eine reichhaltige Kollektion in Betracht, die eben der Schleuderei Thür und Thor geöffnet hat. Wenn die auf den einzelnen Umschlägen derselben gemachten Angaben hinsichtlich der Auflage zweifelsohne sind, dann ist bei der großen Anzahl der Ausgaben im Handumdrehen eine Gesamtsumme an zu verkaufenden Exemplaren herauszurechnen, die mitzutheilen die uns angeborene Bescheidenheit verbietet. Alle Achtung vor dem heidenmäßigen Gewinn beider Theile, angefaßt so losfallen Erfolg. Was machen nun die Kalenderverleger, um ihren Erzeugnissen immer mehr Abnehmer zuzuführen? Nebenbei verdienen wir es ihnen nicht, wenn dieses Bestreben in erlaubten Grenzen gehalten wird. In gegenwärtiger Zeit schon durchpflügern Prinzipal und Gehilfe unter Benutzung eines kombinierten Rundreisebilletts Stadt und Land im Deutschen Reich, jeder Kolporteur, der nur entfernt im Geruch steht, einigen Absatz in Kalendern zu haben, wird heimgesucht, und in den meisten Fällen ziehen die nur dem Einzelnen und ganz ausnahmsweise gewährten besonders günstigen Bezugsbedingungen, um einen nach Umständen bedeutenden Aufschlag zu erhalten. Der Besteller wird womöglich noch auf Handschlag verpflichtet, seinem Anderen diesen günstigen Preis zu offenbaren, da man weiteren Personen überhaupt nicht so liefern könne, man läßt sich auch herbei, die Firma des glücklichen Bestellers aufzudrucken und versteht sich zu dergleichen Zugmitteln mehr; — Alles nur dem Besteller zu veranlassen, möglichst viel Exemplare auf ein Mal zu beordern, mag er doch zugeben, wie er solche an den Mann bringt. Ist der Erfolg dann in der Wirklichkeit anders, dann betrachtet der betreffende Buchhändler seinen riesigen Lagerbestand und kommt zu dem Entschluß: los schlagen um jeden Preis, soll der Schaden nicht noch empfindlicher sein. Dann heißt es immer nur meine Herrschaften, hier ist zu haben ein Volkskalender mit Beigaben für

nur 10 Pf., aber Eile thut noth, denn der Vorrath ist gering. Hiermit ist aber auch der erste Fall eklatanter Schieberei erwiesen, der um so folgenschwerer ist, als das Publikum einen eigenartigen Begriff über die Handhabung dieses Geschäftes dadurch erhält und in Zukunft alle diejenigen Verkäufer von Kalendern hohnlächelnd zurückweist, die sich etwa unterziehen, für bessere Kalender den aufgedruckten Preis zu beanspruchen. Erwiesen ist auch, daß ein und derselbe Kalender mit gleichem Titel in verschiedenen Ausgaben, — und zu den divergirendsten Nettopreisen seitens der betreffenden Verleger abgegeben wird. Wir haben jenen Herren freilich keine Vorschriften zu machen, sind aber der Meinung, daß dadurch dem edlen Zweck, den besseren Kalendern in immer weiteren Kreisen Eingang zu verschaffen, ernstliche Hindernisse bereitet werden. Was hat es nur für Sinn, daß ein Kalender in der Hauptausgabe 12 Bogen Inhalt zählt, zugleich aber auch in Ausgaben zu 10, 11 und 12 Bogen auf den Markt gebracht wird, selbstverständlich ist der Normalverkaufspreis für alle Ausgaben gleich. Was bedeutet dieser Geschäftsgriff? Nun irgend Jemand will den Kalender en masse beziehen, — aber riesig billig einkaufen, — in Wirklichkeit geschieht aber nur, was ganz einleuchtend ist, der Verleger hat einen großen Auftrag in der Tasche, Auflage daher 300 000, ob was dabei verdient wird, ist nebensächlich; er arbeitet ja nur der Ehre wegen. Die günstigsten Bedingungen gestalten dem Kalendertage-Buchhändler, den Kalender seinen Leuten zu sehr vorteilhaften Nettopreisen abzugeben, er kalkuliert deshalb so, weil er seinen Angestellten damit Gelegenheit geben will, recht viel Geld zu verdienen, wir nehmen dies wenigstens an und legieren nun schlagen das abgefälschte Verfahren ein, denn die Menge muß es bringen, indem sie einfach den Kalender bedeutend unter Ladenpreis verkaufen und zahlreiche Abnehmer finden. Dies ein weiterer Beweis dafür, wie es gekommen, daß der Schieberei Vorbehalt geleistet wurde und zu der Ueberzeugung führt, daß es eigentlich in heutiger Zeit völlig zwecklos ist, den Kalendern bestimmte Ladenpreise aufzudrucken, denn daran leidet sich Niemand.

Polizei-Bericht. Am 24. d. M. fiel ein Bäckermeister aus Dessau, welcher sich zum Besuch hier aufhielt, in der Bäckerei von Weißhaupt, Langestr. 21, von einer Treppe und brach den linken Unterschenkel. Er wurde mittelst Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus im Friedrichshain gebracht. — An demselben Tage Mittags wurde ein Mädchen auf dem Hausboogieplatz vom Blutsturz befallen und mußte mittelst Drofchke nach seiner Wohnung gebracht werden. — Am 25. d. M. Vormittags wurde auf dem Platz vor dem Brandenburger Thor ein unbekannter Mann in Krämpfen liegend vorgefunden und da er sich nicht erholte, nach der Charité gebracht. — An demselben Tage Nachmittags wurde ein Mann, als er über die Schillingbrücke ritt, von dem plötzlich scheuenden Pferde abgeworfen und erlitt durch den Fall auf die Vordrehle eine schwere Verletzung am Hinterkopf, so daß er bewußtlos liegen blieb und nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit gerieth der Kutscher Keil, als er unvorsichtigerweise mit einem geschlossenen Rößelwagen durch das niedrige Thor des Grundstücks Alte Jakobstraße Nr. 78 einfahren wollte, mit dem Rößel zwischen die obere Kante der Einfahrt und das Verdeck des Wagens und erlitt dadurch eine schwere Wunde an der Stirn. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er mittelst Drofchke nach seiner Wohnung gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Für die Nothwendigkeit der Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammer spricht recht eklatant der Ausgang der gestern gegen den Schornsteinfegermeister Johann Kirchner stattgehabten Verhandlung. Der Angeklagte hatte von einer Schornsteinfeger-Gesellschaft eine große Menge Kunden eines verstorbenen Kollegen überwiesen erhalten mit der Verpflichtung, die erhaltenen Rebellöhne an die Gesellschaft für die Witwe abzuführen. Er hatte aber einen Theil derselben für sich verbraucht und war dieserhalb wegen Untreue zu 3 Monat Gefängnis und 1 Jahr Ehrenverlust verurtheilt worden. Wegen einer Gesetzesverletzung hatte das Reichsgericht dieses Urtheil aufgehoben und gelang gestern dem Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Salomon der Nachweis, daß die Verträge mit den früheren Kunden des Verstorbenen vom Angeklagten abgeschlossen waren, also die empfangenen Löhne in sein Eigentum übergingen. Der Gerichtshof mußte deshalb den Angeklagten freisprechen. Dieser Erfolg wäre aber ohne nochmalige Verhandlung nicht möglich gewesen.

Frankfurt a. M., 24. März. Vor der II. Kammer I. fand heute wieder einer der vielen durch das im Jahre 1884 stattgehabte Eisenbahnunglück bei Hanau hervorgerufenen Prozesse seinen Abschluß. Klägerin war eine Frau, welche zwischen Schlächtern und Frankfurt Haushandel trieb und bei dem Unglück mit am schwersten verlegt war. Als sie nach vielen Tagen erst wieder zum Bewußtsein ihres Daseins kam und man aus ihr herausbringen konnte, wer sie eigentlich sei, konnte sie sich des ganzen Vorfalles nicht mehr erinnern, es war ihr, als befände sie sich noch in dem Eisenbahnzug zwischen Schlächtern und Hanau. Nur nach und nach gelangte sie zu dem Bewußtsein ihrer Lage. Am 27. Dezember 1884 war die Verunglückte soweit gekommen, daß man für ihr Leben keine Besorgnisse mehr zu haben brauchte. Wohl aber hatte sie eine solche für ihre fernere Zukunft. Wenn auch der Eisenbahnklub anfänglich für die Opfer der Katastrophe sorgte, so scheiterten doch alle Verhandlungen mit ihm, welche die Sicherstellung der Zukunft der Unglücklichen unter Ausschluß des Projektweges bezweckten. Eingehende Erhebungen über das, was die zu jeglichem Erwerb unfähige Frau wöchentlich rein verdienen, fanden — da sie eine lebenslängliche Rente von 600 M. pro Jahr verlangte, welche der Fiskus abzuweisen beantragte — statt, und der Gerichtshof gelangte zu der Ueberzeugung, daß die Frau einen durchschnittlichen Reingewinn von wöchentlich 10 M. hatte, die ihr auch in monatlichen Vorauszahlungen lebenslänglich zuerkannt wurden; außerdem hat ihr der Fiskus die bis jetzt aufgelaufene Summe vom 14. November 1884 ab zahlbar mit 6 pCt. zu verzinsen und sämtliche Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Vereine und Versammlungen.

In der öffentlichen Versammlung der Schneidermeister und Gesellen am 25. d. M. im Louisenstädtischen Konzertsaal sprach Reichstagsabgeordneter Kayser über: „die Handwerker- und Arbeiterfragen vor dem Reichstage.“ Referent legte dar, daß der Kampf nms Dasein heute schwerer sei, denn je. In allen Ständen und Berufszweigen werde Klage geführt, daß das Geschäft nicht gebe, daß Alles überfüllt, daß Arbeitsproduktion, ja, daß zu viel Menschen vorhanden seien. Wenn heute der selbstständige Handwerker seine Lage überblicke, müsse er erkennen, daß er immer unselbstständiger, immer mehr vom Kapital abhängig werde. Die Aufgabe des wirtschaftlichen Liberalismus, die freie Entfaltung der Kräfte herbeizuführen, sei erfüllt, die Grenze überschritten zum Nachtheil der Allgemeinheit. Hier müsse der Staat helfend und schützend eingreifen, wie allseitig anerkannt werde, doch sei in dieser Beziehung noch leider wenig geschehen und das bishigen Sozialreform auch nur dem Drängen der Arbeiter zu danken. Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz zeige noch große Mängel und von einem Arbeiterschutzgesetz sei noch sehr wenig zu verspüren. Die Handwerkerfragen suche die konservative Partei nach ihrer Art zu lösen. Maschinen und Maschinen seien jedoch zwei Dinge, gegen die das Handwerk nicht anzukämpfen vermöge, eben so wenig, wie seiner Zeit das Postfachwerk gegen die Eisenbahnen, ob man den Pferden auch noch

so schöne Gesichter anlegte. Eben so wenig könne auch dem Handwerker geholfen werden durch das Schellengeklotz der Innungen mit ihrem Befähigungsnachweis, Arbeitsbüchern, Verbot des Hausirhandels u. d. m. Das Handwerk leide an dem Mangel an Kapital und Kunden. Wenn die Innungen dem Handwerk und nicht einzelnen Handwerkern helfen sollen, so müßten dieselben Wirtschaftsgemeinschaften sein, d. h. die Innungsmeister zusammenfassen zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Theilnahme an Gewinn und die Gesellen nach den Verhältnissen daran theilnehmen lassen. In ihrer jetzigen Form schägen die Innungen ihre Mitglieder nicht vor Konkurrenz und deren Folgen, ja, dieselben machten sich untereinander Konkurrenz, oder einer arbeite für den andern. Referent resumirte sich dahin, daß über Handwerker- und Arbeiterfragen im Publikum wie im Reichstage sehr viel gesprochen worden, an praktischen Resultaten aber sehr wenig erzielt worden sei. Meister und Gesellen hätten ein gemeinsames Interesse, gemeinsam den großen Kampf zu führen zwischen Kapital und Arbeit; die produktiven Klassen müßten sich verbinden und verbünden gegen die Bildung einer Finanz- und Börsenaristokratie. Neue, der neuen Arbeitszeit entsprechende Arbeitsformen müßten geschaffen werden, und diese Aufgabe habe der Staat zu erfüllen. Doch unbefürmert um die staatliche Thätigkeit hätten sich die Arbeiter den Fachvereinen anzuschließen. Die Handwerker und Arbeiter hätten keinen Grund, zufrieden zu sein mit der Behandlung ihrer Fragen im Reichstage, am allerwenigsten mit der Behandlung der Frage des Arbeiterschutzgesetzes, vielmehr allen Grund zu verlangen, daß das Reich sich ihrer energischer annehme und wirksame soziale Reformen schaffe; an Stelle der Lohnarbeit müsse die genossenschaftliche treten, dann werde der Zustand eintreten, daß nicht die Arbeit vom Kapital gemietet, sondern umgekehrt das Kapital der Arbeit dienstbar gemacht werde. (Lebhafter Beifall.) Es entspann sich nunmehr eine höchst interessante, doch durchaus sachliche Auseinandersetzung zwischen dem Reichstagsabgeordneten Kayser und dem Obermeister Brinkmann, welche beide mit den schwerwiegendsten Gründen ihre gegenwärtigen Ansichten und Standpunkte vertraten. Auch die Herren Pfeiffer, Schonstedt, Korfke, Radnig, Taterow u. A. theilnahmen sich lebhaft an der Diskussion im Sinne des Referenten. Schließlich wurde folgende Resolution beantragt: „Die heute am 25. März cr. im Louisenstädtischen Konzertsaale tagende öffentliche Versammlung von Schneidermeistern und Gesellen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Reichstagsabgeordneten Kayser, voll und ganz einverstanden und erklärt: In Erwägung, daß durch die Sonderinteressenstellung der Innungen die Hebung des Handwerkes nicht so zu ermöglichen ist, daß es der Allgemeinheit Nutzen bringt, dieselbe vielmehr nur den allgemeinen Entwicklungsprozess hemmt, für die Partei des Herrn Referenten einzutreten, da selbige nur allein durchgreifende Reformen zur Hebung der Nothlage der wirtschaftlich Schwachen zu schaffen gewillt ist, wie die Verhandlungen im Reichstage es hinlänglich bewiesen haben.“ Da der überwachende Polizeibeamte jedoch erklärte, die Versammlung auslösen zu wollen, sobald über diese Resolution abgestimmt werden würde, so nahm der Vorsitzende, Herr Pfeiffer, im Interesse der Versammlung unter dem Beifall der Anwesenden Abstand von der Abstimmung und schloß die Versammlung um 1 Uhr Nachts.

Im Fachverein der Lithographiesteinseifer hielt Herr Michelsen am 22. d. Mts. einen Vortrag. Referent erläuterte die allmähliche Entwicklung des Handwerkes, welches mit der sich nach und nach steigenden Intelligenz seine Verbesserung gefunden habe. — Auf die heutige Lage des Handwerkes eingehend, meinte Redner, daß die Zeit, wo der Meister auf die tüchtige Leistung der Lehrlinge stolz war, leider längst vorüber sei. Der Meister sei heute oft gezwungen, den Lehrling nach Möglichkeit auszunutzen, und so komme es denn, daß viele Lehrlinge statt in ihrem Berufe, dem sie sich widmen wollen, unterrichtet und belehrt zu werden, hauptsächlich als Hausknechte benützt würden. — Durch die sich stets steigende Großproduktion würde das Handwerk immer mehr verdrängt. Die heutige Anwendung der Maschinen diene nicht dem Arbeiter, sondern dem Kapitalisten, dem heutigen Besitzer der Maschinen, zum Vortheil. Das Kapital konzentrierte sich in immer weniger Händen, während die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine immer ungünstigere würde. Um diesen Mißständen entgegenzuwirken, sei ein festes Zusammenhalten der Arbeiter aller Berufszweige geboten. Durch eine stramme Organisation, durch den Anschluß aller Arbeiter an die Fachvereine ihres Berufszweiges könnte viel Unheil abgewendet werden. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Versammelten, auch ihrerseits für die Stärkung und den weiteren Ausbau der Berufsorganisation mit allen Kräften einzutreten. Wegen der vorgehenden Zeit und der Erledigung von Vereinsangelegenheiten wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Es wurde beschlossen, die Vorstandssitzungen jeden ersten Montag nach dem Ersten eines jeden Monats stattfinden zu lassen. Um den Mitgliedern des Vereins Gelegenheit zu geben, denselben beizuwohnen, wurde mitgeteilt, daß diese Sitzungen im Saal des Herrn Seefeld, Grenadierstraße 33, stattfinden. Ferner wurde beschlossen, am 17. April ebenfalls einen Donnerstagabend mit musikalischer Unterhaltung und veltamatorischen Vorträgen zu veranstalten. Eintrittskarten sind zu haben in der Vorstandssitzung und beim Vorsitzenden W. Rose, Brenzlauerstraße 22. Die Monatsversammlung im April fällt aus. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich beim Vorsitzenden und werden die stellenlosen Kollegen gebeten, sich dort zu melden.

Fachverein der Tischler. Die nächste Vereinsversammlung im Centrum findet am Sonnabend, den 3. April, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28, statt. — Die Zahlstellen des Vereins befinden sich: 1) Blumenstraße 56 (Tischlerherberge); 2) Stallgasse 18 bei Stramm; 3) Belle-Alliance-Platz 6 bei Hülfker; 4) Biondikirchplatz 11 bei Hohn; 5) Müllerstraße 184 bei Hähning. Dasselbst werden jeden Sonnabend von 8 $\frac{1}{2}$ bis 10 Uhr Abends Beiträge entgegen- und neue Mitglieder aufgenommen. — Die Tischler Berlins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die statistischen Fragebogen ebenfalls auf den Bahnhöfen zu haben sind, bezüglichen bei den Mitgliedern der Fachkommission, den Herren: Böhm, Mantuffelstraße 49 III; Karchmar, Fürstenwalderstraße 23 IV; Gruenwaldt, Prinzenstraße 6 IV; Heese, Stallgasse 18 bei Hülfker; 2) Hof II; Altdemann, Boruthstraße 9 IV; Lorez, Alexanderstraße 31; Schmitz, Höchstraße 22 III; Seidler, Mantuffelstraße 49 III; Wiedemann, Forsterstraße 50, Hof II. Der Vorstand ersucht alle Kollegen, gleichviel, ob Vereinsmitglieder oder nicht, für jede hiesige Tischlerwerkstatt einen solchen Fragebogen von einem der vorkleidenden genannten Kollegen oder von der nächstgelegenen Bahnhöfe abholen zu lassen.

Allgem. Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter (E. G. Nr. 29 Hamburg). Sonntag, den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, Versammlung der Filiale Berlin 9 im Saale des Herrn Donath, Alt-Neubau 90. Tagesordnung: 1. Rassenbericht der Monate Januar und Februar. 2. Wahl der für Berlin aufgestellten Delegirten zur bevorstehenden Generalversammlung. 3. Wahl eines Beitragsamtlers. 4. Verschiedenes.

Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hutarbeiter und verwandten Berufsgenossen (E. G. Nr. 62). Montag, den 29. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeld, Grenadierstraße 33, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Rechenschaftsbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Statutenberathung. 4. Verschiedenes. Fragelosen. Quittungsbuch legitimirt. **Gesangverein „Sängerkunst“**, Pallisadenstraße 9, jeden Sonnabend Abend 9 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. Nr. 29 Hamburg) Filiale I Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 28. März, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, Mödernstraße 114 bei Schubert.

Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung Montag, den 29. März, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Konzertsaal Sanssouci, Kolibuserstraße 4a. Tagesordnung: Der Befähigungsnachweis. Hierzu werden Abgeordnete sämtlicher Parteien und speziell auch die Antragsteller im Reichstage, Abgg. Adermann und Biehl eingeladen.

In der freiwilligen Gemeinde wird am Sonntag Vormittag 10 Uhr Soppienstraße 15 die Jugendaufnahme (Konfirmation) gefeiert. Zutritt steht Jedem frei. — Am Montag Abend 8 Uhr findet Niederwallstraße 20 eine beschließende Versammlung der Mitglieder statt.

Allgemeine Schuharbeiter-Vereinigung Montag, den 29. d. M., bei Hildebrandt, Webersir. 17, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des ersten Vorsitzenden. (Der bisherige Vorsitzende, Herr Obermstr. Schmidt, hat sein Amt niedergelegt.) 2. Verschiedenes. — Quittungsbuch legitimirt.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. Nr. 29, Hamburg), Filiale II Berlin. Sonntag, den 28. März, Vormittags 10 Uhr, Versammlung in „Sanssouci“ (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Nur Mitglieder der Filiale II haben Zutritt. Quittungsbuch legitimirt.

Ein Kongreß der Manufakturarbeiter Deutschlands findet am 25., 26. und 27. April d. J. (Ostern) in Gera statt. Die in Aussicht genommene Tagesordnung ist folgende: 1. Untersuchung der Ursachen der Schäden in der Manufakturbranche und des dadurch herbeigeführten Nothstandes unter den Manufakturarbeitern. 2. Vorschläge über eine herbeizuführende Organisation der gesamten Manufakturarbeiter. 3. Diskussion über Maßnahmen zur Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. 4. Die Fachpresse. — Anmeldungen zu diesem Kongreß sind an R. F. Kühn in Gera (Neuh.), Fischhorn 9, zu richten, welcher bereitwillig jede weitere Auskunft erteilt. Die Delegirten haben sich mit einem Mandat zu versehen, welches den Namen des Delegirten, sowie den Ort und die Zahl der Vertretenen enthalten muß.

Letzte Nachrichten.

Kaiser Bismarck hat, wie der „Weser-Ztg.“ aus Brüssel telegraphisch gemeldet wird, vom belgischen Ministerium eine gemeinsame Ueberwachung der Anarchisten gefordert.

Verschiedene Berliner Blätter melden, daß in diesem Jahre ein sozialdemokratischer Parteikongreß zweifellos einberufen werden würde. Ueber Zeit und Ort werde natürlich vorläufig strenges Schweigen bewahrt.

Die von der französischen Deputirtenkammer gewählte Budgetkommission besteht aus 11 Mitgliedern der gemäßigten Linken und 22 Radikalen. Wie verlautet, soll Clemenceau die meiste Aussicht auf das Präsidium der Kommission haben.

Die Patriotenliga zu Paris hielt am 26. d. M. unter Vorsitz des Maire's vom 20. Stadtbezirk eine Volksversammlung, in welcher ein Redner die Nothwendigkeit eines wirtschaftlichen Kreuzzugs gegen Deutschland darlegte. Anwesende Sozialisten riefen: „Nieder mit den Chauvinisten!“ Die Mitglieder der Liga antworteten: „Nieder mit den Prussien!“ Eine großartige Bräuterei entstand, die mit Beschaffung mehrerer Sozialisten endete. — Was wird hierzu die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagen?

Das „Berliner Tageblatt“ theilt mit, daß es einen Spezialkorrespondenten nach Lüttich gesandt habe. Dieser wiedererstandene Wippchen telegraphirt nun sofort nach seiner Ankunft in — Vervan an seine Auftraggeber folgendes: „Die Arbeitseinstellungen sind beständig im Zunehmen begriffen, die disponible Truppenmacht erweist sich als ungenügend. Es ist bereits die Rede davon, zwei Klassen der Beurlaubten einzuziehen. Die Streikenden zertheilen sich in bettelnde und raubende Banden.“ — Gut gebrüllt, Wippchen!

Aus Rom wird vom 26. ds. Mts. telegraphirt: Gegen tausend Arbeiter von der Kohlengrube bei Gilly haben die Arbeit niedergelegt und eine Erhöhung der Löhne verlangt. Eine Anzahl der Streikenden hat sich nach Kansas begeben, um die Arbeiter der dortigen Kohlengruben zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen.

Einen bedeutsamen Fingerzeig, wodurch die „Arbeiterunruhen“ in Belgien entstanden sind, giebt die „Wostische Zeitung“, indem sie schreibt: Die Lage der Arbeiter, besonders der Lütticher Kohlenarbeiter, ist überaus traurig. Nach den übereinstimmenden Aussagen der letzteren ist ihre tägliche Arbeitszeit eine dreizehnstündige, wofür sie 2,50—3 Frsch. erhalten. Man läßt sie aber meist nur die halbe Zeit arbeiten und ihr 14tägiger Lohn beträgt 26,50 Francs, also ca. 21 M.; ihr ganzes Jahrgehalt stellt sich kaum auf ca. 600 M., womit sie sich und ihre Familien ernähren sollen. Und nicht genug damit; bei Erhebung ihres Lohnes kündigt man ihnen Lohnherabsetzungen von 10—20 Centimes an und zieht solche sofort ab. Die Kohlenbergarbeiter sind zum Theil Millionäre.

Der Streik der Eisenarbeiter in Kansas-City (Nordamerika) ist durch Kompromiß beigelegt worden.

Kleine Mittheilungen.

Wien, 24. März. (Proletarier-Gl.) Heute um Mitternacht wurde von Passanten im neunten Bezirk, Bürggasse, an der äußeren Thürklinke des Hauses Nr. 3 die Leiche eines nothdürftig gekleideten Mannes an einer Aedschnur erdenkt aufgefunden. Ein requirirter Sicherheitswachmann schnitt die Schnur ab und veranlaßte die Transportierung der Leiche in die Todtenkammer. Wie nun festgestellt ist, der Lebensüberdrüssige der 34jährige unterstandlose Tagelöhner Josef Ebdinger, welcher aus Noth die That beging. Er konnte, seit einigen Tagen arbeitslos, nicht mehr die paar Kreuzer für seine Schlafstelle im „Rassenquartier“ verdienen.

Rom, 24. März. Beerdigung verunglückter Arbeiter. In Folge des Zusammenstoßes des Gesimfes beim Bau eines neuen Hauses wurden 3 Arbeiter getödtet, 4 schwer verletzt, darunter 2 tödtlich. Heute fand das Begräbniß statt, woran alle Mauerarbeiter Roms, Männer und Frauen im Arbeitsgewande, im Garzen sechstaufend Menschen theilnahmen. Der Zug, welchen eine Musikkapelle eröffnete, zog über den Corso. Ein Kommissär stellte sich hier dem Zuge entgegen, die Menschenfluth war jedoch nicht aufzuhalten. Der Bauunternehmer wurde verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

R. R. M. 27. Herr, dunkel ist der Rede Sinn. Das Recht, Sachen eines Anderen einzubehalten, hat man nur, wenn man gegen diesen eine bestimmte Forderung hat. Aus Ihrer Anfrage läßt sich das aber nicht ergeben.

L. Elisabethener. Wer sich aus den von einem Schlafburschen einbehaltenen Sachen bestiedigen will, muß zuvor seine Forderung einlagern. Am schnellsten und billigsten verfahren Sie, wenn Sie beim Amtsgericht den Erlaß eines Zahlungsbefehles gegen den Schlafburschen beantragen. Da dieser Ihre Forderung anerkennt, wird er voraussichtlich nicht Widerspruch erheben. Haben Sie den vollstreckbaren Zahlungsbefehl in Händen, so lassen Sie die Sachen durch den Gerichtsvollzieher vfinden und versiegeln. M. B. Die Firma ist und nicht bekannt.

S. G. Gogarten. Das „Berliner Volksblatt“ löst unter Kreuzband bezogen monatlich 2 Mk. Bestellungen sind an unsere Expedition, Zimmerstr. 44, zu richten. Sie können indes bei der Post abonnieren und bei Ihrer Abreise von G. die dortige Postanstalt ersuchen, das Blatt dem Postamt in G. zu überweisen. Den „W. J.“ können Sie in unserer Expedition bestellen.

G. R., Maurer, Wienerstr. Dissident ist in Preußen der offizielle Namen für sämtliche kleineren, außerhalb der staatlich anerkannten Kirchen stehenden Religionsparteien, z. B. für die Deutschkatholiken und freien Gemeinden. — Atheismus bezeichnet Unglauben an das Dasein Gottes, oder die Meinung, daß die Vernunftidee von Gott, mag er nun als Persönlichkeit oder als moralische Weltordnung gefaßt werden, keine Realität oder Wirklichkeit habe. Sie sind also im Recht, während sich Ihr Kollege im Unrecht befindet.

Knipperdolling. Wenden Sie sich an den Ihnen bekannten Herrn F. in der Bückerstraße. Derselbe ist im Besitz

eines wirksamen Rezeptes gegen derartige Schäden. Es dürfte sich vielleicht ein neuer Ueberzug empfehlen.

L. R. Pückerstr. 10. 1) Die Ausweisungsbefehle wurde dem Betreffenden beim Verlassen des Gefängnisses überreicht. — 2) Nein. — 3) Das Buch ist in unserer Expedition käuflich. — 4) Die Beleidigung verjährt drei Monate nach dem Zeitpunkt, an welchem dieselbe zur Kenntniß des Beleidigten gelangt ist. — Auf Ihre selbstgewählte Spitzmarke verzichten Sie wohl.

G. B. 16. Das Projekt scheint nicht zur Ausführung zu kommen, und ist wenigstens darüber nichts weiter bekannt geworden.

J. S. Wenn Sie wollen, so zeigen Sie den Werkführer wegen Zuwiderhandels gegen die §§ 80 und 82 des Krankenversicherungsgesetzes an. Seine Handlungsweise ist zweifellos strafbar.

Et. Gerichtsstraße. Die Bestimmung des Krankenlassenstatutes, daß ein während 8 Wochen mit den Beiträgen

rückständiges Mitglied aus der Kasse ausgeschlossen wird, hat nur die Bedeutung, daß vom Zeitpunkt des Ausschlusses an der Betreffende nicht als Mitglied der Kasse zu sein. Die bis zum Ausschluss, also in Ihrem Falle bis zum 25. Dezember v. J. rückständigen Beiträge müssen Sie nachzahlen, die ferneren aber nicht.

R. S. Wir kennen die Statuten der Fabrikantenkassen nicht und können daher nicht beurteilen, ob dieselbe berechtigt und verpflichtet ist, die Beerdigungskosten für ein todtgeborenes Kind eines Arbeiters zu zahlen. Uns scheint aber die von Ihnen angegebene Bestimmung des Statuts, daß auch zu Beerdigungen Unterstützung seitens der Kasse gewährt wird, nur den Sinn zu haben, daß die Hinterbliebenen eines gestorbenen Mitglieds auf eine Beisteuer zu den Beerdigungskosten Anspruch haben.

G. B. Da der Verein so wie so Gewerbesteuer zahlt, ist er auch berechtigt, Kalender zu verkaufen, ohne sich dadurch einer Steuerkonvention schuldig zu machen.

Theater.

Sonnabend, den 27. März.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Zum Besten der hiesigen Armen: Lebende Bilder mit Chören aus „Die heilige Elisabeth“.
Deutsches Theater. Der Weg zum Herzen.
Wallner-Theater. Hofmann's Töchter.
Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwanz in 3 Akten von P. Ferrer u. G. Bocage.
Welle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Kelly Schweighofer: Sein Spezi.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Hünenerbaron, von Job. Strauß.
Balhaus-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 3 Akten von Jakobson und Wilten.
Central-Theater. Der Stadt-Trompeter.
Viktoria-Theater. Reskalla.
Ostend-Theater. Einmalige Aufführung: Faust, Tragödie in 6 Akten von Göthe.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 16. [851]

Seute:

Extra-Vorstellung

zum Benefiz für

Franziska Häser

Zum ersten Male:

Am Allerseelentag

oder:

Das Gebet auf dem Friedhof.

Original-Volkschauspiel in 4 Akten nebst 1 Vorspiel

Ein gegebenes Wort

von Heinrich Kaufmann.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hanskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der

Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr,

der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wons haben Wochentags Billigkeit und sind im

Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe, 9 U. Morg.

10 U. Ab. [852]

Kaiser-Panorama.

Nur diese Woche:

Vom Feldzug 1870/71. Eine Reise d. d. schöne

Spanien. Gertha. Reise. Caro-

linen. Inseln. Eine Reise 20 Pf., Kinder

nur 10 Pf. Abonnement.

Nächste Woche: Enrol. [853]

Fachverein der Posamentirer und Seidenknopfmacher.

General-Versammlung

Montag, den 29. März, Abends Punkt 8 1/2 Uhr, im Königsstädtischen Casino, Holzmarkt- und Alexanderstraßen-Ecke. [1139]

L. D.: Neuwahl d. Gesamtvorstandes. D. B.

Gr. öffentl. Versammlung

der Steinträger Berlius u. Umgeg.

Sonntag, den 28. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Altermann's Salon, Dennewitzstr. 13.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unserem diesjährigen Allfordpreis. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Kameraden und Freunde sind dringend eingeladen, zu erscheinen. [1120]

Der Einberufer.

Fachverein der Tischler.

Versammlung

Montag, den 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Norden, Elisabethstr. 6 bei Gillan.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bohner über: „Darwinismus“. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. [1135]

Uhren-Fabrik G. Scharnow,

besteht seit avarnag Jahren.

Berlin S., Oranienstr. 153, Ecke Moritzpl.

empfehl. und. Jährig. Garantie,

zu allerbilligsten Preisen:

Silb. Juhnder-Uhren 15, 18, 20,

24 Mk.; silb. Juhnder Uhren mit

Remontoir-Aufzug 24-30 Mk.;

silb. Anker-Uhren m. Remontoir-

Aufzug 36, 40, 45, 50 Mk.; gold.

Damenuhren 30, 33, 36, 40, 45

Mk.; gold. Damenuhren mit

Remontoir-Aufzug 36, 40, 45,

50-150 Mk.; gold. Herren-Rem-

ontoir-Uhren von 50 Mk. an;

Regulator-Uhren zu Fabrikpreisen, 8 u. 14 Tage

gehend, 12, 15, 18, 24, 30-75 Mk. Pariser Stuy-

uhren, Wand-, Kooitoir- u. Wecker-Uhren, sowie

echte Talma- u. Ridelketten in großer Auswahl

zu den billigsten Preisen.

Juhnderuh reinigen 1.50 Mark.

Neue Feder 1.50 Mark.

Reparaturen nach Uebereinkunft. [1148]

Ein kleiner Geschäftsmann,

der durch Krankheit in der Familie und sonstige

Unglücksfälle in eine große Nothlage gerathen

ist, bittet edle Menschenfreunde um ein Dar-

lehen von 200 Mark gegen sicheres Unterpfand.

Gefällige Adressen erbeten an

J. Sosnka, Rathenowerstr. 85.

1 St. neue Betten bill. z. verl. Waldemarstr. 67 41.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein

Restaurant Wienerstraße 31

eröffnet habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch unterstützen zu wollen.

999

F. Mitau.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wassertorstr. 34 (auch Theilzahlung). **Reelle Waare garantiert.**

Reine

Möbel- und Polster-Waaren-Fabrik

befindet sich jetzt nur

Jerusalemstr. 65, nahe der Lindenstraße.

Georg Haake, früher Oranienstr. 85/86.

997

Alle Freunde und Bekannte mache auf mein

Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal

aufmerksam. Bairisch-Bier & Seidel 10 Pfg., Weiße 20 Pfg.

C. Pfister,

Waldemarstrasse 61.

1032

Reine Destillation, Bier, Frühstück und Billardstube, sowie Vagener u. helles Lagerbier a Glas 10 Pfg. empfehle bestens

A. Barthel,

Kottbusser Damm 58 (Herrmann-Platz 4).

982

Sch empfehle mein Schuhwaaren-Geschäft von selbstgefertigten Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln zu soliden Preisen. Bestellungen nach Maß, besonders für Fußleidende, sowie Reparaturen jeder Art werden in kürzester Zeit prompt ausgeführt.

Anton Woyack, Müllerstr. 12a.

1052

Preuss. Leihhaus,

Bentzstr. 14,

Aktien-Gesellschaft,

belehnt

Waaren aller Art.

1017

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

eigener Fabrik von C. Hertel, Tischlerstr., Tienstr. 130, dicht a. d. Friedrichstr.

Große Auswahl

und ganze Zimmer-Einrichtungen

wirklich reeller und guter Möbel, in Kirschbaum und Mahagoni, Garnituren in Plüsch, Ripps und Phantastestoff. Stoffe liegen zur Auswahl bereit.

815

Theilzahlung gestattet.

Damen-Masken-Kostüme sind billig zu verleihen.

1011

Wittwe Eick, Admiralstr. 13 II.

C. mbl. Jim., sep. Eing., als Schläffl. z. 1. Apr. bl. z. v. Mantuffelstr. 52a, Ecke d. Radbgr., o. 1 Tr. I.

1136

C. f. Schläffl. z. v. Prinzenstr. 6 b. Krause. [1136]

Sopha, rthbr., g. eth., Ums. h. Peters, Prinzenstr. 93 II.

Arbeitsmarkt

Ein tüchtiger Kistenmacher wird verlangt

1134] Oranienstr. 15 II L.

Für mein Wiener Friseur-Geschäft suche ich einen Lehrling.

1137] R. Zahn, Seydelstr. 32.

Ein Tischlergeselle auf Möbel wird verl.

1144] Steglitzerstr. 88 bei Hoffmann.

Ein Mädchen für Alles wird verlangt,

1140] Oranienstr. 73 im Rischgeschäft.

Theodor Fricke, Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik,

174 Oranienstrasse 174

BERLIN SO.,

empfehl. zu festen Preisen:

174 Oranienstrasse 174



Gesundheits-Hemden.

In Sommer Bigogne a 75 Pf., 1, 1.25, 1.50, 1.75 Mk.

Schweiß-Hemden a 1.75, 2, 2.25, 2.50, 2.75 Mk.

do. do. extra schwer a 2.50, 2.75, 3, 3.25, 3.50 Mk.



Tricot-Tailen

in allen Farben, mit Doppel-Schoof,

a Stück 3.50, 4, 4.50, 5, 6 Mk.

do. mit eingewirktem Futter 6.50, 7, 8 Mk.



Stark baumw. patentgestr. Kinder-Strümpfe.

Größe 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Weiße 1 Paar 2 14 18 21 24 28 32 36 40 42 45 49 Pf.

3 " 24 40 50 58 65 73 80 88 95 Pf. 1.00 1.10 1.20 1.30

Ringel 1 Paar 12 16 21 24 29 34 38 43 48 53 58 63 Pf.

3 " 16 24 32 40 48 56 64 72 80 88 96 Pf. 1.00 1.10 1.20 1.30

Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Einfarbig lang 1 Paar 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80 85 90 Pf.

Über das Ritz 3 " 0.25 1.00 1.20 1.40 1.60 1.80 2.00 2.20 2.40 Pf.

Grosser Ausverkauf von Porzellanwaaren wegen Geschäftsaufgabe Oranienstr. 85/86.